

mo #22



MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

GAST-KOMMENTAR:

Erwin Wagenhofer über
Wirtschaftsflüchtlinge

ANTÓNIO GUTERRES
UNHCR-Chef kritisiert
Österreich

TSCHETSCHENIEN
Fekter – kein Grund
zur Flucht?

DEMOKRATISCHE BANK
Attac-Bank im Elchtest

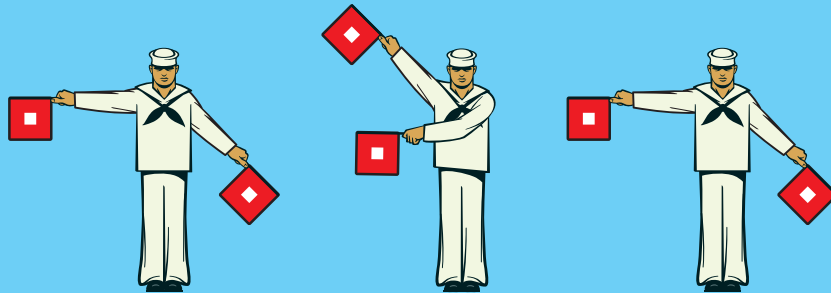


Magazin für Menschenrechte 1/2011, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach #20, A-1070 Wien, www.momagazin.at



MIGRATION

AUF DER FLUCHT

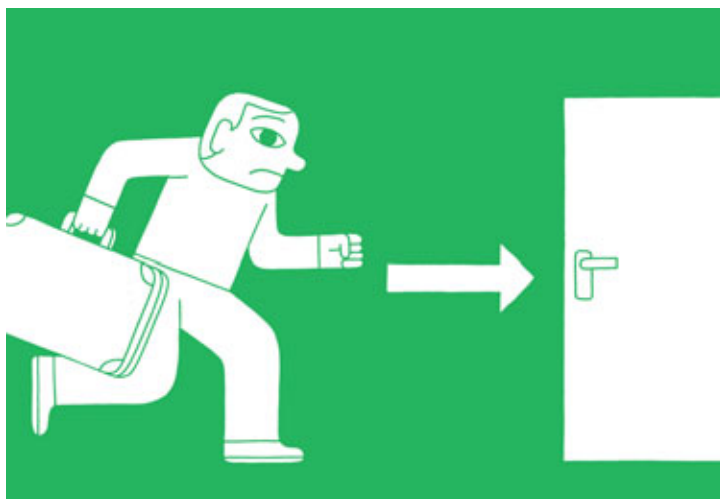


Kunstauktion 2011

KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST
zugunsten von **SOS MITMENSCH**



Donnerstag, 05. Mai 2011, 19 Uhr
Großer Kassensaal der Postsparkasse,
Georg Coch-Platz 2, 1010 Wien



Flucht mit Notausgang – so sieht es die Genfer Flüchtlingskonvention vor. Doch die europäische Staatengemeinschaft sperrt die Türen zu.
Illustration: Jochen Schievink

Liebe Leserin Lieber Leser

Manchmal kommt mir die Diskussion über Flüchtlinge, die lieber ihr Land aufbauen sollen („wie wir damals“), so vor, wie wenn man zu einem um das wirtschaftliche Überleben kämpfenden österreichischen Greißler sagen würde: Was jammern Sie, bauen Sie lieber auch einen „Billa“ auf. So, als müsste sich Mensch nur an die Arbeit für das Große machen, anstatt, wie im Fall des Greißlers, kleingeistig um seine wirtschaftliche Existenz zu kämpfen. Unlängst erzählte mir Sabine Zhang, ehemals Geschäftsführerin von SOS Mitmensch, sie habe in einem Dorf rund 200 Kilometer von Senegals Hauptstadt Dakar entfernt, mitgeholfen, einen bescheidenen Brot-Backofen aufzubauen. Der kleine Lehmkasten sei von den Menschen als essenzielle Verbesserung ihrer Lebensumstände erlebt worden. Beide Beispiele lassen mich vermuten, dass Menschen trotz mangelnder Perspektiven oft genug eine lange Leidensfähigkeit beweisen, bis eben nichts mehr geht. Während einige Menschen, denen die Perspektiven verloren gehen, ein soziales Netz auffängt, werden die anderen zu sogenannten Wirtschaftsflüchtlings. Dann landen sie z. B. im südspanischen Almeria, über das Sie in dieser Ausgabe eine Reportage lesen. Flucht ist natürlich auch durch Gewalt und Krieg motiviert. Über die Tücken von angeblich befriedeten Kriegsgebieten und die Interessen der österreichischen Innenministerin lesen Sie in der folgenden Geschichte über Tschetschenien. Fest steht: Selten nehmen Menschen mit ihrem Köfferchen den Notausgang, wie es das Cover dieser Ausgabe ironisch abbildet. Wer flüchtet, erlebt oft kaum vorstellbare Strapazen. Insofern ist die jüngste Verschärfung des Fremdenrechts, das Menschen für ihre Flucht kriminalisiert, klar abzulehnen. António Guterres, Hoher Kommissar des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), findet im folgenden Interview klare Sätze zu Österreich.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell

PS: Falls Ihnen die Anmutung des Heftes neu erscheint: Es ist auf umweltfreundlichen Mondipapier gedruckt.

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS

Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander Pollak (apo), Philipp Sonderegger (phs), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Eva Bachinger, Andreas Görg, Sandra Lakitsch, Angela Magenheimer (amag), Martin Schenk, Maria Sterkl, Hanna Silbermayr, Erwin Wagenhofer, Beat Weber

PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Jochen Schievink

LEKTORAT: Thomas Just, Ewald Schreiber

PRODUKTION:

Mitko Javritchev, Andreas Ungerböck,
factory 29 ltd., Mariahilfer Str. 76/3/31, 1070 Wien,
T +43 1 920 20 08-0, mail@faq-magazine.com

GRAFIK: Mitko Javritchev, Monika Nutz

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl, office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeber: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der
Quelle und Übersendung von Beleg-
exemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das
Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls
kein/e UrheberIn ausgewiesen ist: SOS Mit-
mensch.



Bild: Eskinder Debebe

15 GUTERRES: VERMISSE SOLIDARITÄT

Als 35.000 Menschen aus Cote d'Ivoire flüchteten, hielt Liberia, eines der ärmsten Länder der Welt, seine Grenzen offen. Diese Solidarität vermisst UNHCR-Chef António Guterres in der EU.



Bild: Hanna Silbermayr

18 SCHICHTWECHSEL IN ALMERIA

Viele Jahre pflückten afrikanische MigrantInnen unangemeldet die Tomaten für europäische Supermärkte. Nun sollen sie wieder heimfahren, die Arbeitskräfte aus Osteuropa sind angekommen.

Einstieg

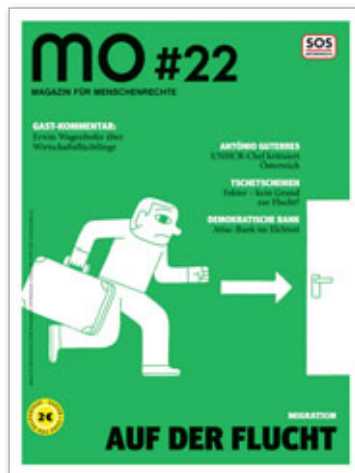
3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Die jüngste Fremdenrechtsnovelle ist so verworren, dass selbst ExpertInnen sich schwer tun, sie zu interpretieren.



Dossier

10 AB NACH TSCHETSCHENIEN

Während der Europarat Gewalt und Verschleppung in Tschetschenien kritisiert, reiste Maria Fekter nach Moskau, um die Rückführung von Flüchtlingen zu optimieren.
Text: Philipp Sonderegger

14 ISRAILOW-PROZESS

Die Anwältin Nadja Lorenz vertritt die Angehörigen des in Wien ermordeten tschetschenischen Oppositionellen Umar Israilow. Welche Bedeutung hat dieser Prozess?
Nachgefragt hat Philipp Sonderegger

15 KRITIK VON ANTÓNIO GUTERRES

Der UNHCR-Chef fordert mehr Engagement der EU in der Flüchtlingshilfe und kritisiert Österreich für die hohe Anzahl von Menschen, die in Schubhaft genommen werden.
Interview: Eva Bachinger

18 UNTER PLASTIKPLANEN

Das spanische Almeria ist zum Inbegriff für die janusköpfige Haltung der EU geworden: Restriktive Migrationspolitik trifft hier auf Wohlstandssicherung.
Eine Reportage von Hanna Silbermayr

24 POSTER

Zur falschen Integrationsdebatte.
apo



Bild: Karin Wasner



Illustration: Eva Vasari

10 ÖSTERREICH – QUO VADIS?

Ein Mann aus Tschetschenien erzählt von Gewalt und Verhaftung, auch durch russische Behörden. Er konnte nach Österreich flüchten. Doch wie sicher ist er hier?

36 REINHEIT UND RENDITE

Ist es möglich, nach demokratischen und ethischen Gesichtspunkten Geld zu verdienen? Die „Demokratische Bank“ von Attac im Elchtest.

NGOs / Welt

26 DIE GLÄSERNE DECKE

In Österreich sind Quoten Teil des politischen Geschäfts. Gerade die bündlerische ÖVP weiß das. Warum sie sich mit der Frauenquote so schwer tut, ist umso skurriler.

Kommentar: Philipp Sonderegger

27 NGO NEWS

Am 1. März war Transnationaler MigrantInnentag.

28 RASSISMUS TRIFFT INS HERZ

Alexander Pollak ist der neue Sprecher von SOS Mitmensch. Über seine Ziele spricht er mit *Maria Sterkl*.

32 FREMDENUNRECHTSNOVELLE

10 Antworten auf das neue Gesetz.
Text: Alexander Pollak

36 DEMOKRATISCHE BANK

Attac möchte eine Bank gründen, die nach solidarischen Grundsätzen agiert.
Text: Beat Weber

Rubriken

38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über den ganz normalen Wahnsinn.

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.
2 x 5 Dinge von Sandra Lakitsch

41 POPULÄR GESEHEN

Über das BIP als trügerischen Indikator für Lebensqualität.
Kolumne von Martin Schenk

43 SPOTLIGHT

Die Figur des Schleppers ist medial omnipräsent. Aber viel weiß man nicht über sie.
Text: Gunnar Landsgesell

45 SOS MITMENSCH

Mit E-Mail-Protesten für Druck gesorgt.

46 ANDERE ÜBER ...

Erwin Wagenhofer schreibt, was die Flucht von Menschen mit uns zu tun hat.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Bild: gun

Vom ehemaligen Sprecher von SOS Mitmensch hat die Redaktion folgender Brief erreicht:

**Offener Brief
ATV – WEGA**

Sehr geehrter Herr Reinthaler!
Diversen Berichten entnehme ich, dass ein ATV-Team bei Dreharbeiten für die Doku-Soap „WEGA“ Polizei-Jacken getragen hat. Zu meiner Überraschung lese ich im „profil“, dass Sie gegen diese Adjustierung entgegen meiner Annahme keinerlei Einwände haben, da diese aus „Sicherheitsgründen“ erfolge. Ich verstehe jetzt auch, warum: ATV-Sprecherin Damms erläutert im „Standard“, dass andere Einheiten dadurch sofort erkennen können, dass die Person auf der Seite der Polizei steht. Ich bin auch auf Seite der Polizei und da ich beruflich viel auf

Demonstrationen unterwegs bin, wollte ich nur sicher gehen, dass nichts dagegen spricht, wenn auch ich künftig aus Sicherheitsgründen auf Demonstrationen eine Polizeijacke trage. Ich werde natürlich sofort und nachweislich zu erkennen geben, dass ich kein Polizist bin.
Falls es aus rechtlicher Sicht (§314 StGB/OGH 13Os71/92) notwendig erscheint, dass ich nur eine von der Exekutive ausgehändigte Jacke verwende, ersuche ich um Mitteilung, wo ich sie abholen kann und welche Gegenleistung – etwa polizei-freundliche Berichterstattung auf meinem Blog <http://phsblog.at> – gegebenenfalls erwartet wird.
Ihre Antwort – so ich eine erhalte – werde ich auf meinem Blog veröffentlichen, da ich diese sichere Teilnahmemöglichkeit an Kundgebungen niemandem

vorenthalten will. Seien wir uns ehrlich: Wer wird heutzutage auf einer Demo schon gern von der Polizei für jemanden gehalten, der nicht auf ihrer Seite steht.
Mit freundlichen Grüßen,
Philipp Sonderegger

**Kommentar von Heinz Fronek
Kinder abschieben**

Werte Redaktion von Moment!
So sehr es mich freut, dass so viele Menschen in Österreich dagegen unterschrieben haben, dass Kinder von Flüchtlingen in Haft kommen, meine provokante Frage: Schauen dann alle wieder weg, wenn es um das Schicksal der Eltern, der Erwachsenen geht? Auch wenn wir hier – Gott sei Dank – keine griechischen Verhältnisse haben, kann das Gefängnis, egal ob für Kinder oder Erwachsene, doch nicht die Antwort einer zivilisierten

Gesellschaft sein! Schutzsuchende sind auf die Rechtmäßigkeit des Asyls hin zu überprüfen und nicht währenddessen zu interneren, diese Zeiten sind – Hallo, aufwachen! – vorbei.
Mit freundlichen Grüßen,
Herbert Winterstein, Wien

**Interview Béatrice Achaleke
Gegen Rassismus**

Hallo,
Frau Achaleke hat Recht, sich nicht zu viel von der Politik zu erwarten, man könnte zu leicht enttäuscht werden. Forderungen nach Reform sind dennoch zu stellen, gerade was die Wahrnehmung der Vielfalt unserer Gesellschaft und damit verbundenen latenten und offenen Rassismus betrifft. In der Polizei wurde vor einigen Jahren der Verein „Fair und sensibel“ gegründet, um für mehr Verständnis zwischen Migranten und Polizei zu werben. Kürzlich wurde ein Vorhaben des Vereins bekannt, er wolle untersuchen, wie rassistisch die Polizei tatsächlich ist. Das überraschenderweise aus dem Polizeiapparat heraus formulierte Projekt stieß aber in der Gewerkschaft (!) auf Ablehnung. Brauch ma ned und Rassismus gibt's sowieso kan. Man hört sie richtig, die immer gleiche „Mir-san-mir“-Provinz-Haltung. Bleibt zu hoffen, dass sich die Projektleiter mit ihrem Anschluss an internationale Standards durchsetzen. Erst im Sommer 2010 hat in Montreal eine Studie die Polizei bezüglich Rassismusanfälligkeit untersucht. Das Ergebnis widerlegte die Haltung der Betonköpfe der Gewerkschaft deutlich ...
LG, Ines Heller



POOLBARFESTIVAL WIEN & FELDKIRCH

MUSIK UND KULTUR VON
NISCHEN BIS POP

Arieb und Frieden

POOLBAR MIT PRATERSAUNA
19 - 22 MAI
PRATERSAUNA, WIEN

POOLBAR-FESTIVAL #18
1 JULI - 15 AUGUST
ALTES HALLENBAD, FELDKIRCH

 VOLKSBANK
AKTIVCARD

PROGRAMM UND TICKETS
WWW.POOLBAR.AT



**Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren**

TAXI 40100

FREMDENGESETZE

ellevonztesegnedmerF etshcän ieD

Was steckt hinter einer Gesetzesnovelle, die so verworren ist, dass sich selbst ExpertInnen schwer damit tun, sie zu interpretieren?

Man stelle sich vor, die Regierung erlässt ein Gesetz und kein Mensch versteht es. Der von der Innenministerin vorgelegte Entwurf für ein neues Fremdenrecht kommt diesem Zustand schon sehr nahe. Selbst gelernte JuristInnen müssen bei einigen Passagen des Entwurfs kapitulieren. „Es macht für das Verständnis schon fast keinen Unterschied mehr, ob man das Fremdenrecht vorwärts oder rückwärts liest“, so die verzweifelte Aussage eines NGO-Vertreters.

Doch es sind nicht nur sperrige Formulierungen und widersprüchliche Inhalte, die den Gesetzesentwurf nahezu undurchschaubar machen. Es mangelt für viele der geplanten Bestimmungen auch schlicht an realen Grundlagen, die sie rechtfertigen würden: Niemandem ist geholfen, wenn Menschen zukünftig länger als bisher in Abschiebehaft gehalten werden. Kein Mensch profitiert davon, Minderjährige auf einmal wieder in Schubhaft zu stecken, ohne dass alternative Möglichkeiten geprüft werden. Auch die Situation von Familien bleibt prekär, wenn Eltern mitsamt ihrer Kinder in „familiengerechte“ Schubhaft müssen.

Und welchen positiven Effekt soll es haben, wenn Menschen, die schon länger in Österreich leben, zukünftig einem noch höheren

Risiko ausgesetzt sind, ihre Aufenthaltsberechtigung zu verlieren? Nur weil weitere bürokratische Hürden errichtet werden und der Anforderungskatalog wieder gewachsen ist.

Die Ursache für ein immer verworrener werdendes Gesetzeswerk scheint übrigens schnell gefunden: die atemberaubende Frequenz, mit der es überarbeitet wird. Seit dem Fremdenrechtspaket 2005 kommen die Änderungen im Jahrestakt, manchmal wurden die Gesetze sogar mehrmals innerhalb eines Jahres abgeändert. Für kluge Bestimmungen und deren wohldurchdachte Abfassung bleibt da keine Zeit. In den Augen von ExpertInnen ist aber gar nicht die Häufigkeit der Änderungen allein das Problem. Ein anderer Faktor wiegt mindestens ebenso schwer: das Fehlen positiver Zielvorgaben.

Ein Gesetzesentwurf, der gar nicht die Absicht hat, etwas im Leben von Menschen

oder im Funktionieren eines Gemeinwesens zu verbessern, der aber von einer Politik in Auftrag gegeben wird, die für sich das Image des Guten pflegen will, kann nicht anders, als entweder an diesem Widerspruch zu zerbröseln oder eine unkontrollierbare negative Wucht zu entfalten.

Es verwundert daher nicht, dass sich viele der zum Gesetz abgegebenen Stellungnahmen immer wieder in ein und demselben Punkt treffen: Der Entwurf der Innenministerin schafft Unsicherheit – sowohl im Rechtssystem als auch bei den betroffenen Menschen. Und diese Verunsicherung geht einher mit der Vertiefung sozialer Gräben.

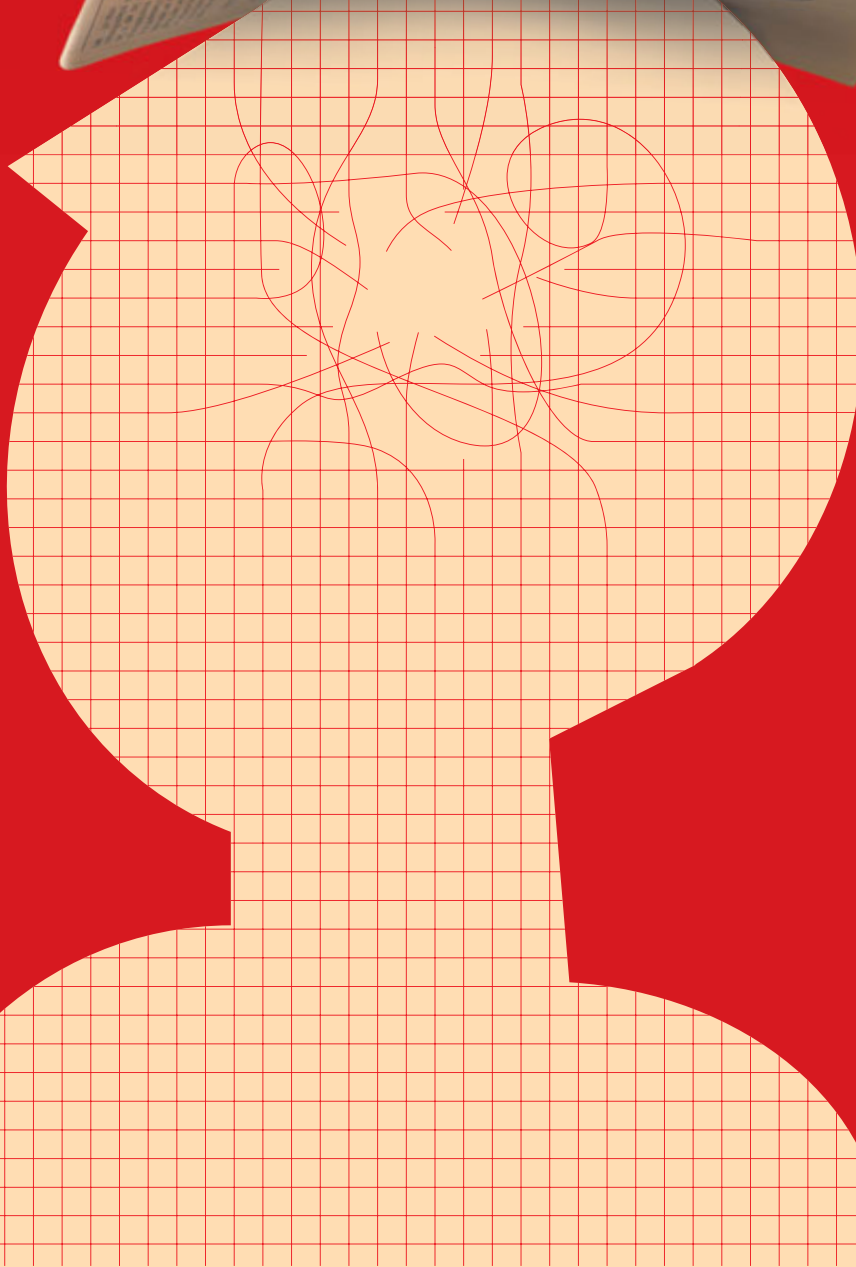
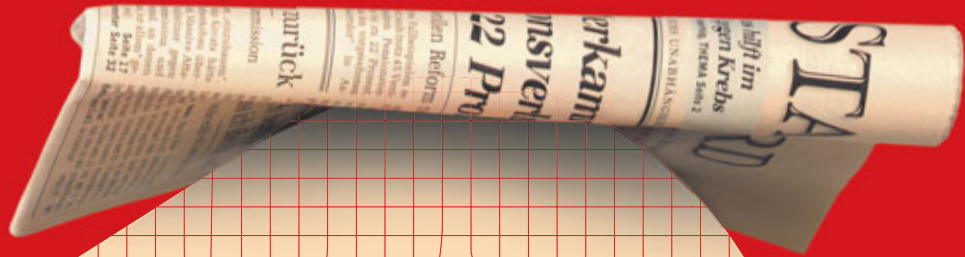
Bis jetzt scheint sich bei der Regierung allerdings die Einschätzung noch nicht durchgesetzt zu haben, dass sich eine Gesellschaft, deren Gesetze man gut und gerne auch rückwärts lesen kann, in die falsche Richtung bewegt. *Alexander Pollak*

Innenministerin Maria Fekter präsentiert ein neues Schubhaftzentrum im steirischen Vordernberg. Als Siegerprojekt wurde der Entwurf von DI Michael Anhammer (li.) des Wiener Architektenbüros SUE ausgewählt.



Foto: BMJ - A. Tuma

Strukturbruch



Kleinkariertheit beiseite lassen und sich von starren Vorgaben lösen. Qualitätsjournalismus muss aus vorgegeben Mustern ausbrechen. Beispiele finden Sie täglich im STANDARD.




KEIN GRUND



Einschüchterung, Verschleppung, Ermordung.
Das sagt der Europarat über Tschetschenien.

ZUR FLUCHT ...



Während der Europarat die Menschenrechtslage in Tschetschenien als düster beschreibt und in Österreich die Ermordung des tschetschenischen Dissidenten Umar Israilow weiter die Gerichte beschäftigt, reiste Innenministerin Maria Fekter nach Moskau: um die Rückführung von Flüchtlingen zu optimieren.

*Text: Philipp Sonderegger
Fotos: Karin Wasner*

Um Weihnachten reiste Innenministerin Maria Fekter für ein paar Tage ins bitterkalte Moskau, um die Zusammenarbeit russischer und österreichischer Polizeikräfte zu optimieren. Am letzten Abend wohnte Fekter einer Leistungsschau der Sondereinheit SUBR bei. Die Spezialkräfte zeigten, wie sie gegen eine unliebsame Kundgebung vorgehen. Fekters Fazit über die beeindruckende Darbietung: Die Russen greifen „nicht eben sanft“ zu, aber „erfolgreich“. Davon weiß auch die Opposition des autokratischen Landes ein Lied zu singen. Seit Monaten versucht sie vergeblich, von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch zu machen.

Der verordnete Frieden

Hauptgrund für Fekters Stippvisite war allerdings ein anderer: Gerade einmal 36 tschetschenische Flüchtlinge konnte die österreichische Fremdenpolizei im vergangenen Jahr nach Russland abschieben. Aus Fekters Sicht zu wenig. Deshalb handelte sie mit der Russischen Föderation ein Abkommen aus, das die Rückführung von Flüchtlingen ankurbeln soll. Von ihrem Amtskollegen Raschid Nurgaliev wünscht sich Fekter, dass Österreichs AsylbeamtenInnen sich in Zukunft selbst ein Bild von der Lage am Unruheherd Nordkaukasus machen dürfen. Fekter will sich nicht mehr auf die internationalen Organisationen stützen, die Berichte über die Menschenrechtssituation erstellen. Nurgaliev

stand dem Wunsch positiv gegenüber. Wie sicher ist aber Tschetschenien tatsächlich geworden, seit Russland im Jahr 2009 seine „Anti-Terror-Operation“ auf dem Gebiet der Teilrepublik offiziell für beendet erklärt hat? Während die Anerkennungsquote in Österreich rapide sinkt, fliehen noch immer Tausende aus der Krisenregion. Suchen die meisten einfach nach einem besseren Leben im Westen? Für Tschetschenien gilt, was auch von einer Reihe anderer Weltgegenden bekannt ist. Egal, ob Afghanistan, Elfenbeinküste oder Iran. Menschen, die nach Österreich kommen, haben oftmals

DIE RUSSEN GREIFEN „NICHT EBEN SANFT“ ZU, ABER „ERFOLGREICH“: MARIA FEKTER.

Schlimmes erlebt, ehe sie sich entschließen, ihr Land zu verlassen. Unser Asylsystem wird dem Schutzbedürfnis dieser Menschen heute kaum mehr gerecht. Im Gegenteil: Österreich und die EU kooperieren mit den Despoten, um Flüchtlinge fern zu halten, sei es Vladimir Putin oder Muammar El-Gaddafi.

Flucht aus Tschetschenien

Magomed Alijan* sitzt in der kleinen Küche vor dem Büro der Flüchtlingshelferin Ute Bock. Der drahtige Mann hat dünne, schwarze Haare und trägt eine Sonnenbrille, obwohl

kaum Licht durch das Innenhoffenster fällt. Er spricht in kurzen Sätzen, der Dolmetscher hat keine Mühe. 35 Jahre ist er wahrscheinlich alt. Seine Hände begleiten das Gesagte in ruhigen Zügen. Fünf Jahre ist er nun auf einer Reise, die ihn noch nicht ans Ziel geführt hat. In Wien ist er dennoch planmäßig gelandet.

Eines Nachts kamen die Kadyrovtsy – so werden die Anhänger des tschetschenischen Staatsoberhauptes Ramsan Kadyrow genannt. 13 oder 14 vermummte Schlägertypen, zwei hatten automatische Gewehre, sie führen in Geländewagen ohne Nummernschild vor. Kadyrows Leute hatten Wind davon bekommen, dass Alijan ein kleines Business mit Benzin aufgezogen hatte und beschuldigten ihn nun, mit dem Erlös die Rebellen in den Bergen zu unterstützen. Magomed Alijan ließ sich zunächst nicht einschüchtern. Zwei Wochen später kamen sie wieder, diesmal in Begleitung von Bewaffneten des russischen Innenministeriums. Sechs Tage verbrachte Alijan auf einer Polizeistation, ehe ihn Verwandte mit 1.500 Dollar auslösen konnten. „Magomed, geh weg“, sagten die Verwandten, „das hat doch keinen Sinn.“

Nicht immer gehen solche Verschleppungen glimpflich aus. 93 Entführungen hat die von Andrei Sacharow initiierte Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in ihrem aktuellsten Bericht für das Jahr 2009 dokumentiert. 60 Personen konnten freigekauft werden oder wurden freigelassen. Der Rest verschwand spurlos, oder die Opfer wurden tot gefunden.

Zur Strafe Häuser abgefackelt

„Kadyrow ist ein guter Präsident“, gibt Magomed zu Protokoll und steht auf, um sich nach einer guten Stunde eine Zigarette anzustecken. „Aber leider sind alle um ihn herum korrupt.“ Eine Einschätzung, die Dick Marty wohl nur zur Hälfte mittragen würde. Der Schweizer Staatsanwalt hat die CIA-Foltergefängnisse aufgedeckt und ist Sonderberichterstatter für den Nordkaukasus beim Europarat. Im November 2010 trat Marty in Wien beim Prozess zur Ermordung von Umar Israilow als Sachverständiger in den Zeugenstand. Israilow wurde in Wien auf offener Straße ermordet, nachdem er sich weigerte, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zurückzunehmen. Im großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts berichtete Marty über die Menschenrechtslage in Tschetschenien.



Der Palast des Präsidenten. Bizarrer Reichtum des russischen Statthalters Kadyrow.

Der erfahrene Ermittler hatte sich dort mehrmals aufgehalten, Kadyrow auch in seinem prunkvollen Anwesen in der Kleinstadt Zentoroi besucht. Eine eingezäunte Trutzburg von Stadt und seit jeher Sitz des Kadyrow-Clans. In dem opulenten Bauwerk, das unter anderem eine Moschee und ein Hippodrom beherbergt, ließ das 35-jährige Staatsoberhaupt den Besucher aus Europa zunächst lange warten. Möglicherweise ging der schräge Autokrat noch seinen Hobbys nach und fütterte seinen sibirischen Tiger, entwarf einen neuen Anzug oder verteilte etwas Geld an Passanten. Marty konfrontierte Kadyrow mit den Folter- und Mordvorwürfen, die Opfer und Zeugen gegen ihn erheben. Dabei fiel ihm auf, dass Kadyrow die Vorwürfe gar nicht direkt abstrikt. „Er antwortete nicht etwa, diese Vorwürfe sind doch nicht wahr, sondern er sagte: Was erzählen Sie, dafür gibt es doch keine Beweise.“

Mittlerweile habe der junge Präsident den Wiederaufbau des Landes sichtlich vorange- trieben, so Marty weiter. Grosny wurde wie- deraufgebaut, man sehe kaum mehr Spuren des Krieges. Russland pumpte Millionen in die Region. Doch darum geht es bei diesem Prozess nicht, der Richter will mehr über die politische Situation in Tschetschenien wis- sen. Marty: „Die muss man mit drei Worten zusammenfassen: Gewalt, Willkür und Straf- losigkeit.“ Die Justiz versage total, Straftaten der Sicherheitsbehörden blieben in der Regel ohne Folgen. „Verschwinden lassen, extrale- gale Hinrichtungen und Folter sind gang und gäbe.“ Oppositionsarbeit sei praktisch nicht möglich, die Medien sind eingeschüchtert. Um das Staatsoberhaupt herrsche ein Perso- nenkult wie sonst nur in totalitären Staaten. Wer verdächtigt wird, ein Angehöriger von Rebellen zu sein, dem werde zur Strafe mit- unter das Haus abgefackelt. Menschenrechts- verteidiger werden vom Präsidenten öffent-



Zuerst kamen verummte Schlägertypen, später Bewaffnete des russischen Innenministeriums. Magomed Alijan (Name geändert, Anm.) schlug sich auf der Flucht bis nach Österreich durch.

lich als Verräter denunziert. Sie müssen dann selbst um ihr Leben zittern.

Österreich nicht sicher

Bis heute ist die Kaukasusrepublik trotz an- ders lautender Meldungen nicht befriedet. 160.000 Tote soll der Konflikt nach russi- schen Schätzungen bislang gefordert ha- ben. Mit Achmad Kadyrow, dem Vater von Ramsan Kadyrow, setzte Russlands Prä- sident Wladimir Putin auf die „Tschetsche- nisierung“ des Konflikts und installierte ei- nen russlandfreundlichen Staatschef. Fortan kämpften Tschetschenen gegen Tschetsche- nen unter unterschiedlichsten Bannern. Die islamischen Sektierer der Salafisten kämp- fen für einen Gottesstaat, während die nati- onal orientierte Opposition zwischen diver- sen Extremistengruppen aufgerieben wurde. Ein gewisser Doku Umarow hat mittlerweile das „Kaukasische Emirat“ ausgerufen, es soll vom Schwarzen Meer bis zum Kaspischen Meer reichen. Doch auch er ist im russischen Spiel nur ein Statist von vielen. Schon haben sich einflussreiche Feldkommandanten vom selbst ernannten „Emir“ losgesagt. Die Lage in Tschetschenien bleibt instabil.

Bis heute erfasst der Europarat Fälle, in de- nen Menschen eingeschüchtert, verschleppt, ermordet werden. Aber auch im Ausland sind

GegnerInnen des Präsidenten nicht sicher. Am 7. Oktober 2006 wurde die Journalistin Anna Politkowskaja als eines der prominen- testen Opfer in Moskau ermordet. Sie hatte Kadyrow wegen der Menschenrechtssitua- tion in Tschetschenien hart kritisiert. Ihr Tod ist bis heute nicht aufgeklärt. Politkowska- jas Anwalt Stanislaw Markelow räumte man 2009 aus dem Weg. Zielgerichtet dürfte auch ein oppositioneller Familienclan namens Ja- madajew in Kadyrows Fadenkreuz genom- men worden sein, der als einzige ernst zu nehmende Konkurrenz zu Kadyrow galt. Op- positionelle wurden in Dubai, Moskau und Istanbul ermordet. Bis nach Österreich führt die blutige Spur, wo Umar Israilow sterben musste. Nach seiner Ermordung telefonier- te ein Sprecher des österreichischen Innen- ministeriums mit Medien, um ihnen Hinter- grundinfos „über die Tschetschenen-Mafia“ anzubieten, um eigene Fehler zu vertuschen. Zuvor hatte das Innenministerium Personens- chutz für Israilow abgelehnt. Im vergange- nen Juni hatte der Europarat in einem Be- richt die „enge Kooperation“ zwischen den österreichischen Behörden und dem russi- schen Inlandsgeheimdienst FSB kritisiert – vor allem, wenn es um die Rückkehr von Exil-TschetschenInnen geht. Keine besonders vertrauensvolle Situation



Israilow-Prozess: Interview mit Anwältin Nadja Lorenz Puzzle-Stück zu Kadyrows Verurteilung

also für Flüchtlinge in Österreich. In der kleinen Küche von Frau Bock gibt Magomed Alijan Auskunft über seinen Irrweg, der ihn über Moskau nach Weißrussland, Polen und Tschechien nach Wien führte. Viel Geld habe das gekostet, letztlich sei diese Flucht nur mit Hilfe seiner Schwester, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, möglich gewesen. „Die Grenzen nach Österreich habe ich zu Fuß überquert. Fast 40 Kilometer Marsch über Felder und durch kleine Ortschaften.“ Die Menschen in den Grenzorten seien sehr hilfsbereit gewesen, sie erklärten ihm den Weg, schmunzelt Alijan. Nicht lange nach seiner Ankunft in Österreich wurde er von den Behörden schon wieder nach Polen transportiert, wo er zuvor einen Asylantrag gestellt hatte. Hierzulande fühlte man sich nicht mehr zuständig. Als Alijans Schwester ihn endlich telefonisch im polnischen Lager in Lesnowala erreichte, konnte sie ihm Erfreuliches mitteilen: Österreich ist doch zuständig.

Indes arbeitet man in Österreich an der endgültigen Lösung des Flüchtlingsproblems. Ein Kabinettsmitglied der Innenministerin skizzierte erst kürzlich Journalisten das Wunschscenario: Dass bald gar keine Flüchtlinge mehr Österreich erreichen, wenn die sogenannte Dublin-Regelung greift. Sie erklärt explizit die EU-Randstaaten für Flüchtlinge zuständig. Die ersten Schritte zur Reduzierung der Zahlen sind bereits gesetzt. Seit 1. Juli 2008 dürfen Bescheide des Asylgerichts nicht mehr vom Verwaltungsgerichtshof kontrolliert werden. Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben das so entschieden. Der Prozentsatz anerkannter Flüchtlinge hat sich daraufhin halbiert. Die Anerkennungsquote von rund 40 Prozent vor der „Reform“ sackte bis Anfang 2009 auf 10 Prozent ab. Im Fall von Tschetschenien fiel die Anerkennungsquote von 80 auf 30 Prozent. Mithilfe einer erfolgreichen „Fact-Finding-Mission“ vor Ort wird es der Innenministerin gelingen, diese Zahlen noch weiter zu drücken. Das lässt folgende Begebenheit vermuten: Unlängst holte der amerikanische Think Tank „Jamestown-Foundation“ Informationen über die Sicherheitslage in Tschetschenien ein. Die Antwort des russischen Generalstaatsanwaltes General Ivan Sydoruk lautete: Terroranschläge 254. Die Antwort von Kadyrows Polizeiführung hingegen: Terroranschläge 0. Das zeigt: Man muss einfach nur die Richtigkeit fragen.

* Name von der Redaktion geändert.



Drei Männer müssen sich wegen Mordes und versuchter Entführung des tschetschenischen Oppositionellen Umar Israilow in Wien vor Gericht verantworten. Nadja Lorenz, Menschenrechtsanwältin und Vorsitzende von SOS Mitmensch, vertritt die Angehörigen Israilows, jenes Mannes, der gegen Tschetscheniens berüchtigten Präsidenten Ramsan Kadyrow als Kronzeuge aussagen wollte.

Drei Männer stehen wegen des Verdachts auf Entführung und Ermordung von Umar Israilow vor Gericht. Warum erweckt der Prozess so viel internationales Aufsehen?

Israilow war ein anerkannter Flüchtling aus Tschetschenien, dem Österreich Schutz zugesagt hat. Damit gehen besondere Pflichten für die Republik einher. Dem ist Österreich nur sehr unzulänglich nachgekommen. Zweitens offenbart die Anklageschrift eine Nähe zu Tschetscheniens Staatsoberhaupt Ramsan Kadyrow. Die Anklage umfasst ja auch das Delikt der Auslieferung an eine fremde Macht. Darunter kann nur Kadyrow verstanden werden.

Angeblich sollen sich Kreise in Österreich um die Beziehungen zu Russland Sorgen gemacht haben.

Ich weiß, dass es nach Erstellen des Abschlussberichts des LVT (Landesamts für Verfassungsschutz, Anm.) zu Unstimmigkeiten zwischen Österreich und dem russischen Außenministerium gekommen ist. Dass Russland dieser Prozess nicht ganz gleichgültig ist, davon kann man ausgehen.

Wurde die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, die auf dem Abschlussbericht des LVT fußt, abgeschwächt?

Ja, sicherlich. Kadyrow und eine weitere Person aus seinem Umfeld wurden vom LVT als

Bestimmungstäter identifiziert. Das kommt in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft aber nicht mehr vor.

Warum wurde Kadyrow nicht angeklagt?

Eine Beweisführung gegen den Präsidenten Tschetscheniens ist rein praktisch nur sehr schwer möglich.

Heißt das, man wird Menschen in solchen Positionen nie habhaft?

Nein. Dieser Prozess ist auch ein Puzzlestück, um Kadyrow irgendwann auf internationaler Ebene völkerrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Das sehe ich auch als meine Aufgabe in diesem Verfahren.

Der vorsitzende Richter hat Russland um eine Zeugeneinvernahme Kadyrows per Video-Schaltung ersucht. Sind die österreichischen Gerichte mutiger geworden?

Ich denke, der vorsitzende Richter Friedrich Forsthuber überlegt sehr nüchtern und sachlich, was es zur rechtlich einwandfreien Abwicklung dieses Verfahrens braucht.

Im Zuschauerraum des Gerichts sind auch Kadyrows Leute anwesend. Wäre es nicht notwendig, bei Zeugenaussagen die Öffentlichkeit kurzzeitig auszuschließen?

Grundsätzlich ist das in der Prozessordnung vorgesehen. Das ist aber eine Abwägungsfrage und deshalb riskant. Ein nicht gerechtfertigter Ausschluss stellt einen Nichtigkeitsgrund dar. Das will bei einem derart aufwendigen Prozess kein Gericht riskieren.

Den Angehörigen schien es wichtig, dass auch die politischen Hintergründe der Ermordung beleuchtet werden. Warum?

Dass in diesem Prozess der Situation in Tschetschenien Raum gegeben werden konnte, ergibt sich aus dem Anklagepunkt der Auslieferung an eine fremde Macht. Die Geschworenen müssen sich ein Bild darüber machen, um welche ausländische Macht es sich hier handelt.

Richter Forsthuber fällt durch besonnene und höfliche Vorsitzführung auf. Hat sich am Landesgericht etwas verändert?

Meine Erfahrung erstreckt sich über 15 Jahre und ich würde meinen, dass es häufiger geworden ist, vor allem bei den jüngeren Richterinnen und Richtern, dass sie alle Prozessparteien in einer höflichen Form behandeln. Es gibt aber nach wie vor RichterInnen und StaatsanwältInnen, die Beschuldigtenrechte nicht ernst nehmen. *phs*



„WIR SIND BESORGT ÜBER ÖSTERREICHS ASYLPOLITIK“

António Guterres, Hoher Kommissar des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR, kritisiert hohe Schubhaftzahlen in Österreich und fordert ein generelles Umdenken: dass auch Menschen, die vor extremer Armut und Hunger flüchten, Schutz angeboten wird.

Interview: Eva Bachinger

FÜR FLÜCHTLINGE WIRD ES IMMER SCHWIERIGER, DIE LÄNDER ZU ERREICHEN, IN DENEN SIE UM SCHUTZ ANSUCHEN KÖNNEN.

Herr Guterres, wie entwickelt sich Europa? Wird die Festung gegen Flüchtlinge immer stärker ausgebaut? Jede Woche liest man über ertrunkene Menschen aus Afrika.

Einige Entwicklungen in Europa sind sehr beunruhigend. Für Flüchtlinge wird es immer schwieriger, die Länder zu erreichen, in denen sie um Schutz ansuchen können. Viele Asylsuchende, die versuchen, in europäische Länder zu kommen, werden als Gefahr angesehen. Dabei sind viele unter ihnen selbst in Gefahr. Ich will keinem Land das Recht auf Grenzkontrolle absprechen, aber Menschen, die Schutz benötigen, muss dieser auch gewährt werden. Vor mehr als zehn Jahren hat sich die EU auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems geeinigt, auf Gesetzesebene ist seither auch einiges passiert. Vor allem bei der Anerkennung von Asyl gibt es aber noch ein gewaltiges Ungleichgewicht, da muss viel getan werden.

Wie beurteilen Sie Österreichs Asylpolitik?

Österreich hat grundsätzlich ein gut funktionierendes Asylsystem. Aber genau wie in vielen anderen europäischen Staaten wurden die Fremdengesetze in den vergangenen Jahren laufend verschärft. Das bedeutet: viele Verpflichtungen und oft sehr wenig Rechte für Asylsuchende. Wir sind tatsächlich besorgt über die strengen Schubhaftregelungen in Österreich und die Anzahl von Asylsuchenden in Schubhaft. Vor allem für Minderjährige fordern wir einen generellen Schubhaftstopp.

Obwohl NGOs seit Jahren heftig die katastrophale menschenrechtliche Situation in Griechenland kritisieren, ja selbst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Einzelfällen schon Abschiebungen nach Griechenland untersagt hat, beharren eu-

ropäische Staaten und auch Österreich darauf, weiterhin pro Fall zu entscheiden. Haben Sie dafür Verständnis?

Das UNHCR hat sich wiederholt gegen Abschiebungen nach Griechenland ausgesprochen. Wir fordern Staaten auf, die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sehr ernst zu nehmen. Deutschland, die Niederlande, Großbritannien und Belgien haben bereits einen generellen Abschiebestopp nach Griechenland beschlossen. Aus unserer Sicht ist das die beste Lösung. Wir sind aber überzeugt, dass auch Österreich die Entscheidung des Menschenrechtsgerichtshofs respektieren wird und die Einzelfallprüfungen dazu führen, dass niemand mehr nach Griechenland abgeschoben wird.

Was treibt Sie eigentlich persönlich an, sich für Flüchtlinge zu engagieren?

Flüchtlinge sind eine der verwundbarsten Gruppen weltweit und UNHCR bietet Millionen Menschen lebensrettende Hilfe. Nach meiner politischen Karriere dachte ich: Was kann ich Sinnvolles tun? Wie kann ich meine Energie zukünftig einsetzen? Ich wollte meine Energie und meine Erfahrung für Menschen einsetzen. Und ich glaube, man kann niemanden finden, der in unserer heutigen Welt mehr Unterstützung und Schutz braucht als Flüchtlinge.

Sehen Sie auf unserer Welt noch genügend Solidarität?

Ich fühle mich privilegiert, dass ich jeden Tag große Solidarität erleben darf. Sehr häufig ist das ironischerweise in den allerärmsten Ländern der Fall. Zum Beispiel in Liberia, einem Land, das sich gerade erst vom Bürgerkrieg und seinen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen erholt. 35.000 Menschen von Cote d'Ivoire sind in den letzten drei Monaten nach Liberia geflüchtet. Liberia

hat nicht nur seine Grenzen für die Flüchtlinge offengehalten, sondern die Bevölkerung hat die Flüchtlinge aufgenommen und mit ihnen ihre bescheidenen Ressourcen geteilt. Daher, ja, ich glaube an Solidarität – aber es gibt nicht genug davon.

Bekannte SchauspielerInnen wie Angelina Jolie kampagnisieren für das UNHCR. Ist es überhaupt hilfreich, wenn Stars ein paar Stunden im Jahr Flüchtlingscamps besuchen?

Sonderbotschafter sind absolut wichtig, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und um anwaltschaftlich tätig zu sein. Angelina Jolie ist mittlerweile fast 10 Jahre Sonderbotschafterin, sie hat 35 UNHCR-Einsätze besucht und sich intensiv mit der Fluchthematik beschäftigt. Sie sensibilisierte erfolgreich die breite Öffentlichkeit und auch Politiker und Entscheidungsträger für dieses Thema. Frau Jolie kann Menschen dazu inspirieren, eine aktive Rolle im Flüchtlingsschutz einzunehmen. Ihr Engagement reicht weit über das klassische Awareness-raising hinaus. Ich habe sie gebeten, bei ihrem Besuch in Pakistan meine persönliche Vertreterin zu sein. Ich hoffe, dass sie diese Aufgabe auch in Zukunft wieder übernehmen wird.

Das UNHCR und die Genfer Konvention feiern ihr 60-jähriges Bestehen. Ist das eigentlich mehr Grund zur Freude oder zur kritischen Reflexion?

Sowohl als auch. Wir haben viele Gründe, um stolz auf unsere Arbeit zu sein. Aber noch viel mehr Gründe, um über die aktuellen Entwicklungen betroffen zu sein. Die tiefer liegenden Probleme für Konflikte, Flucht und Vertreibung sind nach wie vor nicht gelöst. UNHCR wurde ursprünglich zum Schutz von Flüchtlingen in der Nachkriegszeit gegründet. 60 Jahre später ist die globale Flüchtlingspopulation auf über 43 Millionen



Guterres: Fordert für Jugendliche einen generellen Schubhaftstopp.

Menschen angewachsen, die meisten von ihnen werden direkt oder indirekt vom UNHCR betreut. Das Jubiläumsjahr ist also ein wichtiger Anlass, um internationales Engagement für Flüchtlinge, Vertriebene und Staatenlose einzufordern.

Welche Fehler wird das UNHCR in Zukunft versuchen zu vermeiden?

Es geht weniger darum, Fehler zu vermeiden, als darum, mit neuen Herausforderungen fertig zu werden. Fest steht, dass wir mehr internationale Solidarität und eine bessere Lastenteilung brauchen. Achtzig Prozent aller Flüchtlinge weltweit befinden sich in Entwicklungsländern. Reichere Länder müssen hier ihre Verantwortung wahrnehmen und diesen Ländern helfen. Wir schätzen, dass

rund 800.000 Flüchtlinge weltweit dringend Resettlement, also die Aufnahme durch Drittländer brauchen. Das heißt, sie können weder in ihr Heimatland zurück, noch haben sie die Chance auf ein neues Leben in ihrem Erst-Asylland. Von den Betroffenen werden momentan aber gerade einmal zehn Prozent in Drittländern aufgenommen.

Wie sieht Ihr Blick in die Zukunft aus? Welcher Fokus wird benötigt?

Wir sind momentan mit dem Entstehen globaler, quasi permanenter Flüchtlingsbevölkerungen konfrontiert. Letztes Jahr verzeichneten wir die geringste Zahl von freiwillig nach Hause zurückkehrenden Flüchtlingen in den letzten zwei Jahrzehnten. Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Die Veränderung und

vor allem die wachsende Unberechenbarkeit von Konflikten erschwert es enorm, Frieden zu schaffen und zu erhalten. Afghanistan und Somalia sind zwei typische Krisenherde, die seit Jahren Menschen in die Flucht treiben. Afghanische Flüchtlinge sind mittlerweile in 69 Länder weltweit geflüchtet und auch in Somalia ist kein Ende der Gewalt in Sicht. Konflikte und Verfolgung sind heute aber nicht mehr die einzigen Gründe, die Menschen dazu zwingen, Grenzen zu überschreiten. Wir sehen immer mehr Menschen, die aufgrund von Klimawandel, extremer Armut oder dadurch entstandene Konflikte flüchten müssen. Die internationale Gemeinschaft muss Antworten auf diese Probleme finden.

Millionen Menschen verlassen ihre Heimat aus Gründen unvorstellbarer Armut und von Hunger. Dennoch akzeptieren die meisten Staaten das nicht als Asylgrund, solange es keine politischen Ursachen gibt. Halten Sie einen Wechsel dieser Politik für wahrscheinlich?

Die Welt verändert sich und sowohl das UNHCR als auch die Staaten müssen sich an die neuen Herausforderungen anpassen. Es ist nicht länger möglich, die alten Grenzen zwischen freiwilligem Verlassen der Heimat und erzwungener Flucht zu ziehen. Die heutigen Megatrends – Bevölkerungswachstum, Verstädterung, Klimawandel und der Kampf um knappe Ressourcen – stehen in Wechselwirkung zueinander, verstärken Konflikte und zwingen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Nachhaltige Lösungen für globale Fluchtbewegungen von Menschen zu finden, die nicht unter den klassischen Flüchtlingsbegriff internationaler Konventionen fallen, aber trotzdem Schutz benötigen, ist eine enorme Herausforderung für UNHCR und die internationale Gemeinschaft.

SIE HABEN UNS DAS MEER GESTOHLLEN

In der Plantagenregion um Almería werden Obst und Gemüse unter einem Meer aus Plastik angebaut und in die gesamte EU exportiert.



Almería ist ein Brennpunkt von irregulären Arbeitsangeboten und starkem Zuzug. Nun sollen die AfrikanerInnen durch OsteuropäerInnen ersetzt werden. Kaum jemand traut sich, über seine Lebensumstände offen zu reden.

Reportage und Fotos: Hanna Silbermayr





Der 28-jährige Kofi, ehemaliger Fischer aus Ghana, ist eine/r der wenigen afrikanischen MigrantInnen, die sich bereit erklärt haben, über ihr Leben in Spanien zu erzählen. Er sitzt auf einer abgenutzten Ledercouch in dem Cortijo, in dem er mit anderen Migranten lebt.

Sie haben uns das Meer gestohlen“, ist sich Kofi sicher. Der junge Fischer aus Ghana meint damit die Europäer und hat gar nicht so unrecht. Die Europäische Union hat mit einigen westafrikanischen Staaten Fischereiabkommen geschlossen, die es europäischen Industrie-Flotten erlauben, vor den Küsten Afrikas zu fischen. Die Konsequenzen für die heimischen Fischer sind gravierend, denn die Meere sind nahezu leer gefischt. Ganze Dörfer lebten zuvor vom Fischfang. Nun müssen sie nach neuen Einnahmequellen suchen.

Kofi hat im Sommer 2006 seine Sachen gepackt und sich auf den Weg nach Europa gemacht. An Bord eines einfachen Fischerbootes kam er auf die Kanarischen Inseln. Die spanische Regierung selbst brachte ihn – so

wie viele andere – auf das spanische Festland und ließ ihn ohne Papiere frei. Heute bestreitet er sein Leben in der Plantagenregion um Almería, wo Obst und Gemüse unter einem Meer aus Plastik angebaut und in die gesamte EU exportiert wird. „Anfangs hatte ich Arbeit in der Landwirtschaft. Damit konnte ich meine Familie in Afrika unterstützen, aber seit Ende 2007 ist es schwierig geworden, einen Job zu finden“, sagt Kofi. Vor ein paar Jahren noch brauchte Europa all diese ImmigrantInnen, um den Wohlstand zu sichern. Seit es mit der europäischen Wirtschaft bergab geht, steht es auch um ihre Zukunft schlecht. ImmigrantInnen in irregulärer Situation, so wie Kofi, waren die Ersten, die die Krise zu spüren bekamen. Heute glaubt der ehemalige Fischer, dass es gerechter gewesen

wäre, hätte man ihn sofort wieder nach Afrika zurückgeschickt. Und nicht aufs spanische Festland geholt, wo er sowieso nicht arbeiten darf.

Im Cortijo

Der 28-Jährige nimmt in einem abgenutzten Ledersessel neben einer Couch mit hässlichem Blumenmuster Platz. Der Fernseher ist das einzige Möbelstück im Raum. Von den kahlen Wänden bröckelt der Putz. Er ist einer der wenigen afrikanischen MigrantInnen, die sich bereit erklärt haben, von ihrem Leben in Spanien zu erzählen. Zu stark misstrauen sie den EuropäerInnen. „Meiner Meinung nach haben die Spanier uns gegenüber eine sehr schlechte Einstellung. Wir sind zwar Immigranten, aber allem voran doch auch Men-



An der Tür zur Lagerhalle, wo Lebensmittel verteilt werden, warten MigrantInnen. Nicht alle halten die Arbeit von den Hermanas Mercedarias de la Caridad für positiv. Es wird kritisiert, dass sie die Menschen dadurch in eine materielle Abhängigkeit bringen würden.

EUROPA BRAUCHTE DIE FLÜCHTLINGE, UM SEINEN WOHLSTAND ZU SICHERN.

schen“, beschreibt Kofi den Konflikt. Anfangs versuchte er noch, auf die Menschen zuzugehen, mit ihnen zu reden. Ihnen zu erklären, warum er hier ist. Vergeblich. Ressentiments und Rassismus sind in der gesamten Region um Almería spürbar. Im Jahr 2000 gipfelte diese Stimmung in gewaltsamen Ausschreitungen, bei denen Einheimische in der Kleinstadt El Ejido eine regelrechte Hetzjagd auf ImmigrantInnen abhielten. Seitdem scheint sich wenig geändert zu haben, nach wie vor

gehört Diskriminierung zum Alltag. Das führt so weit, dass MigrantInnen der Zutritt zu Restaurants und Kneipen verweigert wird. Kofi bleibt deshalb fast immer zuhause. „Nur hier habe ich meine Ruhe. Würde ich an einem dieser Orte in Schwierigkeiten geraten, es wäre keiner da, der mir hilft. Ich habe keine Papiere und ich habe Angst hinauszugehen. Schon eine Kleinigkeit kann große Probleme mit sich bringen.“

Mit „Zuhause“ meint Kofi ein verlassenes Gebäude, in dem er mit anderen MigrantInnen lebt. Die Zimmer sind nur notdürftig eingerichtet, es riecht muffig nach Schimmel. Oft befinden sich diese alten Bauernhöfe – Cortijos genannt – fern jeglicher Infrastruktur, inmitten der weitläufigen Plantagen. Zumeist verfügen sie nicht über Strom,

nur selten über fließendes Wasser. Jene MigrantInnen, die Arbeit haben, verbringen fast den ganzen Tag in den stickigen Gewächshäusern. Sie verdienen 20, maximal 30 Euro pro Tag. Versichert sind sie nicht.

Die Verdrängung läuft

„Vielleicht sind wir teilweise auch selbst verantwortlich für diese Situation, weil wir sie akzeptieren“, überlegt Kofi. Jeden Morgen versammeln sich unzählige AfrikanerInnen an den staubigen Straßenecken der Kleinstadt und hoffen, dass ein Plantagenbesitzer vorbeikommt, der noch ArbeiterInnen für den Tag braucht. Mit der Krise hat sich die Arbeitssituation der afrikanischen MigrantInnen verschlechtert. Waren bis vor Kurzem auch Arbeitskräfte ohne Papiere gerne



Die MigrantInnen leben meist fernab jeglicher Infrastruktur, inmitten der weitläufigen Plantagen. In den Cortijos gibt es keinen Strom und nur selten fließendes Wasser. In Kanistern holen sie es aus dem Dorf.

gesehen, versucht man jetzt, sie loszuwerden und durch GastarbeiterInnen aus den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien zu ersetzen. Das Vertrauen in osteuropäische ArbeiterInnen ist größer, man hält sie für konfliktärmer. Glaubt, da gäbe es geringere kulturelle und religiöse Unterschiede. Die Chancen der AfrikanerInnen, ihren Aufenthaltsstatus zu legalisieren, sinken. Das spanische Fremdenrecht bietet grundsätzlich die Möglichkeit, den eigenen Status zu legalisieren. Wer nachweislich drei Jahre im Land gelebt und in einem Vertragsverhältnis gearbeitet hat, kann eine befristete Aufenthaltserlaubnis beantragen. Im Rekordjahr 2006 kamen geschätzte 32.000 Menschen auf illegalem Weg nach Spanien. Für die meisten wäre bereits der Zeitpunkt gekommen, ihr

Bleiberecht einzufordern. Viele Plantagenbesitzer versuchen aber, aus dem Andrang und der Krise Profit zu schlagen. Sie bieten den Leuten jene Arbeitsverträge, die sie für die Legalisierung ihrer Situation bräuchten, zum Verkauf an. 3.000 Euro werden pro Verzicht geboten.

Schwestern helfen

Nur wenige NGOs sind darum bemüht, dem schwelenden Konflikt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Meist sind es kirchliche Organisationen, so wie etwa der Orden der Hermanas Mercedarias de la Caridad, die sich um die Zugewanderten kümmern. Schwester Purificación Rodríguez Castillo sitzt am Tisch in ihrem hellen Wohnzimmer. Im Wandschrank stapelt sich Post aus Afri-

ka, adressiert an jene Leute, die in den Cortijos leben und keine eigene Adresse besitzen. Mamá Puri, wie sie liebevoll genannt wird, ist in San Isidro de Níjar tätig, einem Dorf, das 40 Kilometer nördlich von Almería liegt. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Einwohnerzahl der Ortschaft auf 6.900 verdoppelt. Zusätzlich, so schätzt Mamá Puri, halten sich zeitweise bis zu 1.200 Menschen in irregulärer Situation im Ort auf. „Der Großteil von ihnen verfügt nur über geringe Bildung, eine sehr große Zahl sind Analphabeten und ein winziger Teil hat studiert“, erklärt sie. „Dass sie ihre Heimat verlassen, hat zwei Hauptursachen: Mangel an Arbeit und Krieg. Sicherlich würden viele auch durch die Hoffnung angeleitet, in Europa Geld zu verdienen und gut leben zu können.“



Nur wenige Organisationen bemühen sich darum, dem schwelenden Konflikt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ordensschwester Purificación Rodríguez Castillo und die Frauen von den Hermanas Mercedarias de la Caridad kümmern sich um viele Migranten. Sie bieten Information, Betreuung in rechtlichen Belangen, geben Spanischunterricht und verteilen Lebensmittel an die Bedürftigsten.

Vom Aus- zum Einwanderungsland

In der Nähe eines Cortijos, in dem zwischen 20 und 25 junge AfrikanerInnen leben, wimmelt es von spanischen SchülerInnen. Eifrig helfen sie mit, ein kleines Feld zu errichten, auf dem die MigrantInnen aus dem Cortijo Gemüse anbauen, um sich selbst zu versorgen. Mamá Puri holt regelmäßig SchülerInnen ins Dorf, um die junge Generation für das Thema „Migration“ zu sensibilisieren. Dennoch wirken Aktionen wie diese auf manch einen Migrant abstrud. Immerhin waren viele der Zugewanderten in ihren Herkunftsländern Bauern, und ein Großteil derer, die in San Isidro de Níjar stranden, arbeitet auch hier in der Landwirtschaft. Die Hermanas Mercedarias unterstützen Menschen mit irregulärem

Status, vornehmlich durch Informationen, rechtliche Beratung oder Sprachkurse. An die Bedürftigsten verteilen sie Lebensmittel, Decken und Kleidung. Nicht alle sehen die Arbeit der Hermanas Mercedarias de la Caridad und Mamá Puri positiv. Sie würden die Leute dadurch bloß in eine materielle Abhängigkeit bringen, wird kritisiert. Oder man hält den Schwestern vor, sie wollten nur ihr eigenes Image aufbessern. Schwester Purificación weiß, wie es zu solchen Ansichten kommt: „Auch wenn es Versuche der Kirche und von NGOs gibt, Integration und gutes Zusammenleben zu fördern, reicht das natürlich nicht. Man darf nicht vergessen, dass sich Spanien sehr rasch von einem Auswanderungs- in ein Einwanderungsland verwandelt hat.

Die Immigration ging so schnell und massiv vor sich, dass Spanien die Entwicklung kaum und nur unter Schwierigkeiten nachvollziehen konnte.“

Zurück beim irregulären Plantagenarbeiter Kofi. Er sieht unter den gegebenen Umständen keine Zukunft mehr in Spanien. Hätte er Papiere und Arbeit, würde er bleiben. Aber so? „Ich gehe dorthin, wo ich in Frieden leben kann. Hier ist das nicht möglich.“ Resigniert zieht er Bilanz: „Früher dachte ich, meine Zukunft würde sich hier in Europa abspielen. Doch jetzt bin ich sicher, dass sie in Afrika liegt. Ich bin hierher gekommen, nur um meine Familie zu unterstützen. Wenn ich aber keine Arbeit finde, was mache ich dann noch hier? Es ist vielleicht besser, zu ihnen zurückzukehren.“

**Was, wenn ein Wort
ein Oben und ein Unten hat?**



TEG R A ITON

**Die falsche Integrationsdebatte
schafft eine Zwei-Klassen-Gesellschaft.**



FRAUENQUOTE

Mann am Ende

Spitzenmanager hatten Zeit genug, die gläserne Decke für Frauen zu beseitigen. Jetzt ist es Zeit für gesetzliche Quoten. Dass sich gerade die bündische ÖVP so gegen Quoten wehrt, ist skurril.

KOMMENTAR: PHILIPP SONDEREGGER

Viele Jahrzehnte hatten sie Zeit. Doch die unfähigen Manager an der Spitze der großen Unternehmen haben versagt. Es ist ihnen nicht gelungen, die gläserne Decke zu sprengen und Frauen in Führungspositionen zu bringen. Managementversagen, Marktversagen. Einschlägige Studien sagen, dass Frauen strukturell am Aufstieg in Führungspositionen behindert werden. Dass aber mehr Frauen in Leitungsfunktionen gut für die Wirtschaft, für die Betriebe und für die Gesellschaft wären.

In ganz Europa ist deshalb eine Diskussion über verpflichtende Quoten in der Privatwirtschaft ausgebrochen. Tatsächlich haben, ob Zufall oder nicht, vor allem konservative Regierungen – in Deutschland, Frankreich oder Dänemark – mit gesetzlichen Quoten für Unternehmen bereits Fakten geschaffen. Und in Österreich? Da zielt sich die ÖVP noch. Zwar hat Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner jüngst eine Quote für die Aufsichtsräte von rund 60 staatlichen Unternehmen angekündigt. Allerdings nur 25 Prozent, und das ohne gesetzliche Verpflichtung.

QUOTENPARTEI ÖVP

Dabei kann gerade die ÖVP auf gute Erfahrungen mit Quoten zurückgreifen. Parteipobmann Josef Pröll bringt gewiss einiges an Know-how mit, wie man bei Postenbesetzungen alle Bünde, Generationen und Bundesländer der Partei befriedigt. Folgt auf Ex-Innenminister Günther Platter (ÖAAB) eine Wirtschaftsbündlerin aus Oberösterreich, dann wird eben das nächste freie Staats-

sekretariat wieder mit einer ÖAABlerin aus Tirol besetzt. (Wobei man der ÖVP freilich auch nach den jüngsten Rochaden vertrauen sollte, dass die Bestqualifizierten zum Zug gekommen sind.)

Nicht nur innerparteilich ist auf eine ausgewogene Vertretung aller Gruppen zu achten. Das österreichische Proporzsystem ist der Inbegriff quotierter Postenvergabe. Es dürfte nicht immer ganz einfach sein, für alle Bestellungen im staatsnahen Bereich eine/n ParteigängerIn zu finden. Schwer zu glauben also, dass eine Partei mit so viel praktischer Erfahrung generell gegen Quoten eingestellt ist.

ANGST VOR KONTROLLVERLUST

Berechtigte Angst könnten die Quotengegner vor dem Ende ihres Führungs- und Arbeitsmodells haben. Das illustriert der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx in einem Beitrag für die Berliner Tageszeitung „Die Welt“. „Karriere in Deutschland ist ein Wettbewerb um Anwesenheitszeiten, um kommunikative Präsenz“, beschreibt Horx eine Situation, die auch für Österreich gilt: „Nur wer sein Privatleben der Firma opfert“, könne Karriere machen. Und das funktionieren wiederum nur, wenn Aufzucht, Hauswirtschaft und Beziehungsarbeit an Dritte ausgelagert werden: an die Frau (seltener den Mann), an Verwandte oder Bedienstete. Das entspricht einer Zuteilung der Sphären



Illustration: Petja Dimitrova

– hier das Geldverdienen, dort die Reproduktions- und Beziehungsarbeit –, die ein Machtverhältnis klar zum Vorteil des/r Verdienenden schafft: Wer zahlt, schafft an. Es spiegelt ein Rollensystem, von dem auch Österreichs Wirtschafts- und Polit-Eliten profitieren, wie deren Lebensläufe verraten.

FAMILIENPROBLEME?

In Ländern mit höherem Frauenanteil hat dieses Modell aber ausgedient, wie Horx am Beispiel der Karrierekultur Skandinaviens beschreibt. Wer in Stockholm als Führungskraft nach 17 Uhr noch am Schreibtisch anzutreffen ist, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nach Familienproblemen gefragt. Etwas nicht in Ordnung zu Hause? Insofern schließt sich der Kreis, wenn Horx die letzte Finanzkrise auf beziehungsunfähige und 14-Stunden-plus arbeitende Männer im Dopaminrausch zurückführt. Diese männliche Zeit- und Beziehungskultur sei nicht produktiver als ein emanzipatives Modell, sie ruiniere vielmehr ganze Firmen. Und man kann hinzufügen: ganze Gesellschaften.



1. März ... Transnationaler MigrantInnen- streiktag

Auch in Wien nahmen zahlreiche Menschen an einer Kundgebung für gleiche Rechte von MigrantInnen und gegen Rassismus teil.

ABSCHIEBUNG UNZULÄSSIG

Prozess gegen Folterüberlebenden

Die Frage, ob sich ein Flüchtling gegen die Abschiebung wehren darf, wird seit 1. 2. 2011 am Landesgericht Korneuburg verhandelt. Ousmane C. war in Guinea Sprecher der Studentenbewegung. Er wurde verhaftet und schwer gefoltert. Asyl hat er in Österreich nicht bekommen. Stattdessen sollte er am 15. 12. 2010 abgeschoben werden. Diese Abschiebung konnte er verhindern. Nun wird ihm Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verletzung von vier Polizisten vorgeworfen. Ousmane

schildert, dass er sich ganz ruhig zum Flughafen führen ließ, um nicht gefesselt zu werden. Erst auf der Gangway zum Flugzeug habe er sich am Geländer festgehalten und um Hilfe geschrien. Die einvernommenen Polizisten erzählen, Ousmane hätte sich bereits im Auto verkeilt. Sie hätten ihn dann aus dem Wagen gezogen, aber nicht gefesselt, sondern verkehrt über die Gangway getragen, wobei Ousmane wild um sich getreten habe. Dieses Verkehrt-Hinauftragen wird jedoch im Polizeiprotokoll

nirgends erwähnt. Weiters erscheint ungereimt, warum Ousmane nicht gleich beim Auto die Handschellen angelegt wurden. Die Einvernahme des Piloten ist beantragt. Der Prozess wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. PS: Am Tag nach der verhinderten Abschiebung entschied der Europäische Gerichtshof, Abschiebungen nach Guinea sind nicht zulässig. *Andreas Görg*

Platform for femous female culture

femous präsentiert anlässlich 100 Jahre Frauentag 100 Veranstaltungen ab dem 9. März. Motto: Zeit für mehr Sichtbarkeit von Frauen in der Musik! Wir zelebrieren weibliche Diversität auf den Bühnen Österreichs, durchbrechen rassistische Standards und schaffen Platz für die neuen Rebellinnen. Programm auf www.femous.at

Freiheit der Religion

Die Donau-Uni Krems veranstaltet vom 5. bis 6. Mai eine Tagung zum Thema „Die Freiheit der Religion. Ein klassisches Menschenrecht in der Kontroverse.“ Im Fokus steht die Religionsfreiheit muslimischer Minderheiten in Westeuropa. Gäste u. a. Seyda Emek, Richterin; Farid Hafez, Politologe; Bernd-Christian Funk, Verwaltungs-

rechtler. Preisgekrönte Äthiopien- Reportage

Corinna Milborn und Mary Kretzer erhielten für ihre Reportage „Eine stille Revolution“ über Äthiopiens progressive Familienpolitik den Preis des European Journalist for Excellence in Journalism. Der ausgezeichnete Beitrag ist in MO#20 (September 2010) nachzulesen. Wir freuen uns mit den Autorinnen!



Ausgezeichnete MO-Autorin: Corinna Milborn

„Würde mir mehr Druck auf Fekters **Anti-Menschenrechtskurs erwarten.**“

SOS MITMENSCH

Rassismus trifft ins Herz

Der neue Sprecher des Vereins SOS Mitmensch, Alexander Pollak, über die Macht der Bilder, „weiße“ NGOs und die FPÖ als Österreichs „rassistische Benchmark“.

INTERVIEW: MARIA STERKL, FOTOS: KARIN WASNER

Welche Menschenrechte sind SOS Mitmensch am wichtigsten? Sie bezeichnen sich als Menschenrechts-Initiative, können aber unmöglich alle Grundrechte mit derselben Vehemenz einfordern. Wie wählen Sie aus?

Ich würde kein Ranking machen. Aber man ist gezwungen, im Alltag die Ressourcen auf bestimmte Themen zu fokussieren. Zentrale Bereiche für uns sind: das Asylthema, Bleibe-recht, Rassismus, die Integrationsdebatte.

Manche würden jetzt sagen: Sind SOS Mitmensch die Rechte der „alteingesessenen“ ÖsterreicherInnen denn gar nichts wert?

Vielleicht gibt es Leute, die das sagen. Aber diese Themen betreffen in Wahrheit ja alle – es geht um das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Warum konzentriert man sich gerade auf diese Themen? Weil die anderen Bereiche von den übrigen NGOs schon gut besetzt sind?

Nicht nur, die Frage ist: Wo sind Menschen derzeit unmittelbar von menschenrechtlichen Problemen betroffen? Wo werden die Standards immer wieder gesenkt? Genau auf diese Themen wollen wir fokussieren.

Werden Sie andere Schwerpunkte setzen als Ihr Vorgänger?

Wo wir noch stärker auftreten wollen, das ist die Integrationsdebatte. Weil die Politik noch nicht erkannt hat, dass die aktuellen Gesetze uns in eine Sackgasse führen. Es gibt zwei Wege: einen in Richtung Menschenrechte, und einen in Richtung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, wobei der Zwei-Klassen-Weg im Endeffekt zum Nachteil aller Menschen ist.

Seit Jahren werden Kinder in Schubhaft genommen, seit Jahren kritisiert SOS Mitmensch diese Praxis. Dann kommt ein Kamera-Team, filmt die Komani-Zwillinge, und das ganze Land ist empört über Kinderabschiebungen. Habt Ihr bis jetzt zu wenig begriffen, wie Medien ticken?

Ich glaube schon, dass ein Verständnis dafür da ist, dass man Dinge in Bildern darstellen muss – und dass man zeigen muss, welches Leid das verursacht, wenn Menschen in Schubhaft kommen und abgeschoben werden. Das „Freunde schützen“-Haus hat das auf sehr eindrückliche Weise gemacht. Da stellen sich aber auch moralische Fragen: Will man wirklich Menschen dabei filmen, wie sie einen Nervenzusammenbruch haben? Außerdem ist es nicht einfach: Die Polizei schirmt

die Betroffenen ja bewusst ab, man kann keine Kameras in die Schubhaft mitnehmen.

Die Komani-Zwillinge durften wieder einreisen, sie können im Land bleiben. Manche sahen darin einen Kurswechsel der Innenministerin. Sie auch?

Nein. Nach wie vor gibt es fast tagtäglich Fälle, wo Erwachsene mit Kindern, die teilweise hier aufgewachsen sind, von Abschiebung bedroht sind. Und jetzt soll wieder ein neues Gesetz kommen, das weitere Unsicherheit für Familien, die länger hier leben, schafft. Ich würde mir erwarten, dass andere Regierungsmitglieder mehr Druck auf Maria Fekter ausüben und ihren Anti-Menschenrechtskurs nicht mittragen.

Wie wichtig wird Lobbying für Sie sein?

Lobbying ist ja in Österreich etwas Verpönetes. Aber es ist wichtig, den Kontakt zu EntscheidungsträgerInnen zu suchen. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass PolitikerInnen immer verstehen, was bei Gesetzesänderungen auf dem Spiel steht. Wir haben Kontakt mit einigen PolitikerInnen und erklären unseren Standpunkt. Aber wir erhalten keine öffentlichen Förderungen, dadurch können wir absolut unabhängig bleiben.



ZUR PERSON

Alexander Pollak

Alexander Pollak ist seit Jänner 2011 Sprecher von SOS Mitmensch. Davor war er fünf Jahre als Leiter von Anti-Diskriminierungsprojekten bei der EU-Grundrechteagentur in Wien tätig und hat an der Universität Wien Politikwissenschaft gelehrt. Er ist Mitgründer von Demokratie- und Menschenrechtsinitiativen und er bloggt auf <http://pollakblog.at>.



Auf Ihrer Webseite steht, Sie setzen sich für „Chancengleichheit und Gleichberechtigung“ ein. Das ist schön, aber wo bleibt die Partizipation? Ich mag als Angehörige einer Minderheit zwar dieselben Chancen haben, aber trotzdem viel größere Hürden überwinden müssen, wenn ich aufsteigen will.

Dass Menschen beispielsweise aufgrund ihres Namens weniger Chancen haben, einen Job zu bekommen, ist leider Realität. Daher ist das ein Thema, dem wir uns immer wieder widmen.

Wie viele MigrantInnen arbeiten im SOS Mitmensch-Büro?

Da ist die Frage, wie man das definiert. Ich bin zwar ein Mensch mit Migrationshintergrund, weil meine Eltern beide nicht in Österreich geboren wurden, habe mich aber noch nie als Mensch mit Migrationshintergrund gesehen. Um ehrlich zu sein: SOS Mitmensch zählt sicher nicht zu den migrantischen Selbstvertretungs-Organisationen. Aber wir arbeiten mit MigrantInnen-Organisationen zusammen.

Provokant gesagt: Man spricht über MigrantInnen und lässt sie auf der Straße das MO-Magazin verkaufen, aber mitreden lässt man sie nicht.

Zum Thema Kolportage: Unser Kolportage-Projekt, bei dem 50 Prozent des Verkaufspreises an die KolporteurInnen gehen, ist nicht zu vergleichen mit dem Geschäft der Tageszeitungen. Aber wir sehen das auch bei uns kritisch. Das ist ein verdammt harter harter Job, den nicht viele machen wollen.

Aber wir wollen, dass Menschen, die sonst überhaupt keine Arbeitsmöglichkeit in Österreich hätten, wenigstens ein bisschen auf eigenen Beinen stehen können.

Sie haben sich intensiv mit der Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich beschäftigt. Inwiefern behindert diese mangelnde Aufarbeitung die Auseinandersetzung mit Rassismus in unserer Gesellschaft?

Die Niederlage des Nationalsozialismus war wohl nicht vollkommen genug, sie hat nicht die gesamte Gesellschaft durchdrungen. Die rassistischen, biologistischen Thesen der NS-Ideologie sind leider immer noch in Teilen der Gesellschaft präsent – nicht in der gleichen Intensität, aber immer noch. Wobei die Zeit des Nationalsozialismus nicht losgelöst war vom Rassismus, den es davor schon gegeben hat. Aber der Punkt, der mit dem Sieg der Alliierten gesetzt wurde, war leider nicht markant genug.

Erschwert es die Auseinandersetzung mit ganz konkreten Rassismen im Einzelfall nicht auch, wenn sie mit dem großen, erdrückenden Thema Holocaust verknüpft wird?

Es sollte heutzutage möglich sein, das Wort Rassismus in den Mund zu nehmen, ohne dass damit gleich industrielle Vernichtung von Menschen in Zusammenhang gebracht wird. Aber man kann ruhig im Hinterkopf behalten, wohin rassistische Ideologien führen können. Das Thema Nationalsozialismus ist nichts Abgehobenes, sondern bezieht sich auf die Taten einzelner Menschen. Umge-

kehrt haben auch viele der Menschenrechtsverletzungen, die hier und heute stattfinden, für sich genommen etwas Monströses – auch wenn sie von der Dimension her nicht mit dem Holocaust vergleichbar sind.

In Österreich wird Rassismus parteipolitisch vor allem in der FPÖ verortet – ist das gerechtfertigt?

Die Radikalität der FPÖ stellt rassistische Tendenzen der politischen Mitte wohl etwas in den Schatten, einfach weil Radikalität immer Aufmerksamkeit auf sich zieht. Die FPÖ gibt die rassistische Benchmark vor, an der sich die anderen orientieren. Aber gerade für SOS Mitmensch ist es wichtig, die Problemereiche der Mitte zu thematisieren – und nicht gebannt auf das zu starren, was Strache sagt.

Aber wie viele Menschen wollen diese Kritik hören? Rassismus wird von vielen Menschen als eine Untugend gesehen, die vielleicht auf den Nachbar mit dem Kampfhund zutrifft, aber „auf mich sicher nicht“.

Man sollte Begriffe wie Rassismus nicht isoliert verwenden, sondern sie mit ganz konkreten Beispielen paaren: Rassismus ist eine Realität für sehr viele Menschen in Österreich, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Herkunft diskriminiert werden. Er trifft diese Menschen ins Herz, er untergräbt die Identität dieser Menschen, und er untergräbt damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Natürlich heißt es oft: „Jetzt schwingen die wieder ihre Rassismuskeule.“ Aber Widerstände wird es immer geben.

Was, wenn ein Wort wie ein Grenzbalken wirkt?



**Die falsche Integrationsdebatte
blockiert das Zusammenleben.**



Das FremdenUnrechtspaket

Das Innenministerium lässt keine Gelegenheit aus, um dem Fremdenrecht neue Härten hinzuzufügen. Wir haben Innenministerin Maria Fekter ihr neues FremdenUnrechtspaket zurückgegeben.

TEXT: ALEXANDER POLLAK



Auch Josef Hader wies am 21. Februar vor dem Innenministerium das FremdenUnrechtspaket zurück.

Die jüngste Gesetzesnovelle verschärft nicht nur neuerlich den Status der Flüchtlinge in Österreich, sondern auch die rechtlichen Unklarheiten (siehe Seite 8). Hier der Versuch, die im neuen Fremdenrechtspaket enthaltenen – teilweise wahnwitzigen und durchgehend unnötigen – Verschlechterungen übersichtlich darzustellen.

Doch zuvor ein Absatz zu den Verbesserungen, die der Gesetzesentwurf vorsieht. Sie sind gering an der Zahl, und dort, wo es sie gibt, finden sich gleich auch wieder Einschränkungen. Begrüßenswert ist etwa die nunmehr verpflichtende Rechtsberatung

in fremdenpolizeilichen Verfahren. Konterkariert wird diese Bestimmung allerdings durch ein Beratungssystem, das in vollständiger Abhängigkeit vom Innenministerium stattfinden soll. Begrüßenswert ist die Frist, die Personen ohne Aufenthaltsberechtigung zur „freiwilligen Ausreise“ eingeräumt wird. Allerdings beträgt diese Frist nur 14 Tage und sie gilt nicht für sogenannte Dublin-Fälle. Positiv ist schlussendlich auch die Regelung, dass im Falle einer Abschiebung eines unbegleiteten Minderjährigen eine Übergabe an Familienmitglieder oder an eine Aufnahmeeinrichtung im Zielstaat vorzusehen ist. Allerdings ist nach wie vor keine um-

fassende Prüfung vorgesehen, die das Wohl von Kindern sicherstellt.

Nun zu den zahlreichen problematischen Aspekten des Gesetzespaketes. Ich möchte sie anhand von 10 Fragen abhandeln, die sich ein demokratischer Rechtsstaat stellen sollte und auf die der Gesetzesentwurf des Innenministeriums folgende Antworten gefunden hat:

1. Sollen Menschen für das Delikt „Anwesenheit“ noch länger als bisher in Haft gesteckt werden?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann ja. Denn die höchstzulässige Dauer der Regelschubhaft soll von 2 auf 4 Monate verdoppelt werden. Diese Verlängerung entbehrt allerdings jeder nachvollziehbaren Begründung. Anstatt Schubhaft für Asylsuchende endlich nahe null herunterzufahren, wird die schon bestehende dumme und rücksichtslose Inhaftierungspolitik noch weiter verstärkt.

2. Gehören Minderjährige, deren einziges Verbrechen darin besteht, in Österreich zu sein, ins Gefängnis?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann ja. Die geplante Neuregelung stellt sogar einen Rückschritt gegenüber der jetzigen Praxis dar, zumal die Anwendung „Gelinderer Mittel“ (also die Ausschöpfung von Möglichkeiten jenseits der Inhaftierung) bei 16- bis 18-Jährigen Jugendlichen nicht mehr, wie bisher, der Regelfall sein soll.

3. Sollen Familien mit Kindern in Schubhaft kommen?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann ja. Der Entwurf sieht vor, dass Kinder weiterhin in Schubhaft müssen. Zwar betont das Ministerium, dass Familien besser

behandelt und kürzer inhaftiert würden als andere Schubhäftlinge, aber die Erfahrung, eingesperrt zu sein, wird den Kindern nicht erspart.

4. Soll die Schubhaft regelmäßig und in nicht allzu großen Intervallen richterlich überprüft werden?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann nein. Erst nach 4 Monaten (!) ist eine erste richterliche Überprüfung vorgesehen! Davor prüft einzig die Behörde, die die Schubhaft verhängt hat, ob sie weiterhin zu ihrer Entscheidung steht.

5. Sollen RechtsberaterInnen unabhängig und zum Wohl ihrer KlientInnen agieren können?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann nein. Der Entwurf sieht eine Rechtsberatung, die in einem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis zum Innenministerium steht. Zudem müssen die RechtsberaterInnen in Zukunft eine „objektive“ Beratung durchführen. Damit soll wohl Druck auf die BeraterInnen ausgeübt werden, dass sie nicht mehr zum Wohl ihrer KlientInnen, sondern zum Wohlgefallen des Innenministeriums agieren.

6. Sollen die Deutschvorkenntnisse von Menschen, die etwa im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich einwandern wollen, gefördert werden?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht,

dann nein. Fördermaßnahmen vor der Einreise nach Österreich sind nicht vorgesehen. Was jedoch vorgesehen ist, sind (für viele der Betroffenen unerfüllbare) Sprachforderungen (ohne „ö“ wohlgermerkt).

7. Sollen Nicht-StaatsbürgerInnen, die schon länger in Österreich leben, in Unsicherheit und Existenzängste gestürzt werden?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann ja. Der Entwurf baut neue, höhere und absolut unnötige Hürden und Anforderungen für die Erlangung von Aufenthaltssicherheit ein. Menschen, die davon ausgegangen sind, dass sie in Österreich dauerhaft leben können und sich hier eine Existenz aufgebaut haben, werden plötzlich mit dem Risiko konfrontiert, ausgewiesen zu werden.

8. Sollen Menschen, die um Asyl ansuchen, für 7 Tage in Lagerhaft kommen?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann ja. Das Menschenrecht auf Freiheit zählt für die Regierung weit weniger als die Möglichkeit, zu jeder Zeit und um jeden Preis Zugriff auf Asylsuchende zu haben. Flüchtlingen wird bei ihrer Ankunft kein Atemzug Freiheit mehr gegönnt und sie werden mit dieser Regelung mehr denn je der Willkür der Behörden ausgeliefert sein.

9. Sollen Verletzungen der Straßenverkehrsordnung und Verstöße gegen Prosti-

tutionsregelungen zu einem Einreise- und Rückkehrverbot führen?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann ja. Selbst Verwaltungsübertretungen wie etwa eine Verletzung der Bestimmungen nach dem Meldegesetz oder eine Verletzung einer asylrechtlichen Gebietsbeschränkung können zu einem Rückkehrverbot führen, und es könnte auch Opfer von Menschenhandel treffen, wenn sie als nicht-legalisierte Prostituierte gearbeitet haben.

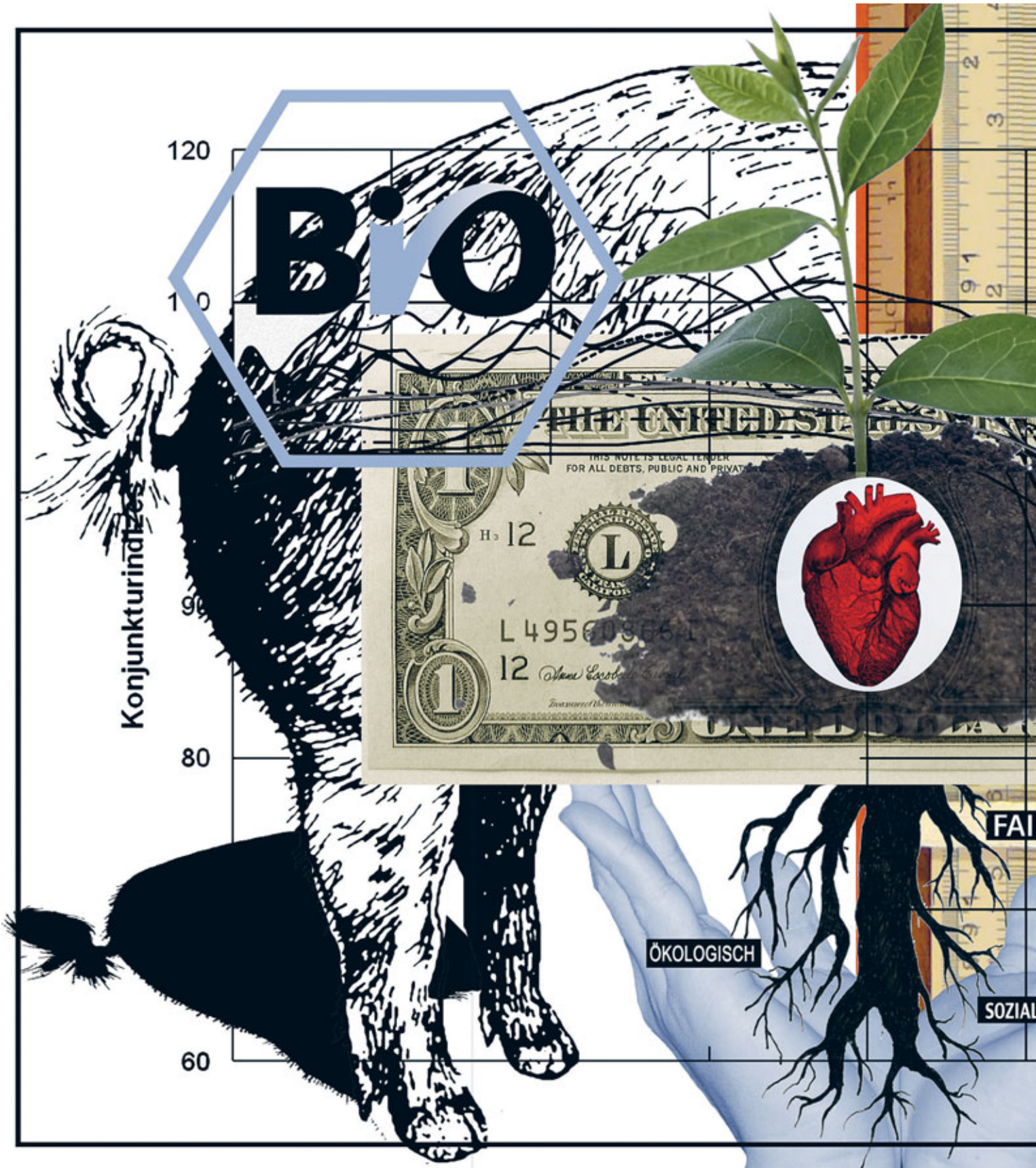
10. Soll es eine transparente, rechtsstaatliche und vernünftige Bleiberechtsregelung geben?

Wenn es nach dem Gesetzesentwurf geht, dann nein. Im Gegenteil, an allen Ecken und Enden wird für mehr Aufenthalts-Unsicherheit gesorgt. Menschen, die hier leben, hier in Ausbildung sind, die Kinder haben, die hier aufgewachsen sind, sind nach wie vor in vielen Fällen der staatlichen Willkür ausgeliefert.

Wie soll es nun weitergehen? Wie kann eine Kurskorrektur erreicht werden? Und wie kann es zu einer fortgesetzten öffentlichen Mobilisierung gegen dieses Unrechts-Gesetz kommen? Die anhaltende Protestflut gegen die verschärften Härten im Fremdenrecht war für SOS Mitmensch jedenfalls ein klarer Auftrag, auf alle Fälle eines zu tun: das von der Innenministerin geschnürte Anti-Menschenrechtspaket zurück an die Absenderin zu schicken – portofrei!

Auf der SOS Mitmensch-Demo in Aktion: Schauspieler Josef Hader, SOS-Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak, Menschenrechtsanwältin Nadja Lorenz, Ko-Initiatorin Romy Grasgruber, Flüchtlingshelferin Ute Bock.







DEMOKRATISCHE BANK

Reinheit und Rendite

Ethische Geldanlage boomt. Jetzt will Attac sogar ein eigenes Geldinstitut gründen. Ist das möglich: demokratisch Geld verdienen? Die „Demokratische Bank“ im Elchtest.

TEXT: BEAT WEBER, ILLUSTRATION: EVA VASARI

Das Image der Banken ist seit der Krise im Keller. Das lässt sich an den jüngsten Werbespots der heimischen Geldinstitute gut ablesen: Da wimmelt es vor lauter Bezugnahmen auf Tradition, ehrliches Handwerk und andere Metaphern, die radikale Distanz zu der ins Gerede gekommenen Welt undurchsichtiger Spekulationsgeschäfte signalisieren sollen. Immer mehr Banken bieten zum Beispiel auch Gratiskonten für Arme an, um ihre karitative Ader unter Beweis zu stellen.

Das ist bitter nötig, denn ein wachsender Teil der Kundschaft will mit Zocken nichts zu tun haben und ist auf der Suche nach Alternativen: Nach einer Studie des „Forum nachhaltige Geldanlagen“ in Berlin ist das Volumen „nachhaltiger“ Anlagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zwischen 2008 und Ende 2009 um 67 Prozent auf 38 Milliarden Euro angewachsen. Das Begehren nach – ökologisch, sozial – „sauberer“ Geldanlage wächst. Bislang liegt der Anteil solcher Anlageformen an den gesamten Anlagevermögen in Österreich unter 2 Prozent. Doch die Sache hat Aufwind bekommen: Vornehmlich bedienen kommerzielle Banken die Nachfrage mit speziellen

Investmentfonds, die nur in Firmen investieren, die bestimmte Kriterien erfüllen, zum Beispiel als umweltfreundlich zertifizierte Betriebe, keine Waffenproduktion, etc. Doch nicht nur der Verdacht auf Etikettenschwindel sowie mangelnde Überprüfbarkeit, auch das Verharren innerhalb eines profitorientierten Rahmens lässt einen Teil der Kundschaft unbefriedigt.

Deshalb erfreuen sich „alternative“ Banken gestiegenen Interesses. Einrichtungen wie die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS) und die Ethikbank aus Deutschland arbeiten auch an einem Österreich-Einstieg. Auch die Bewegungs-NGO Attac hat diese Stimmung aufgegriffen, und im Vorjahr die Idee einer „Demokratischen Bank“ lanciert. Hunderte InteressentInnen haben sich gemeldet, die in den nächsten zwei Jahren diese Bank aufbauen wollen.

Ahnerr Raiffeisen

Die Demokratische Bank soll Geldanlage „mit gutem Gewissen“, begünstigte Kreditvergabe für soziale und ökologische Projekte sowie demokratische Führung bzw. Mitbestimmung der Geschäfte durch SparerInnen und KreditnehmerInnen verbinden. Damit soll ein anderes Bankenverständnis exemplarisch vorgelebt werden, das als Modell für ein „anderes Wirtschaften“ zur Veränderung der Gesellschaft beitragen soll. Die InitiatorInnen sind stolz, eine konkrete Initiative zur Verbesserung der Welt in die Welt zu setzen. Die Berichterstattung – von der Obdachlosenzeitung „Augustin“ bis zum Wirtschaftsmagazin „Gewinn“ – ist voll des Lobes. Doch eine kritische Prüfung steht bislang aus: Was steckt hinter der Idee? Kann sie funktionieren?

Die Grundidee der Demokratischen Bank ist eigentlich gar nichts so Neues: Sie entspricht weitgehend dem Leitgedanken des genossenschaftlichen Bankwesens, das sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat: Dienstleistungen für Mitglieder einer kooperativen Einrichtung, frei von Gewinnabsichten. Dieser Sektor hat in Österreich einen beispiellosen Siegeszug hingelegt: Der Raiffeisen-Konzern fehlt heute in keiner Abhandlung über Macht in Österreich. Wengleich die Raiffeisen Bank in Werbekampagnen seit der Krise wieder besonders auf ein bodenständiges Image pocht, hat sie ihre Geschäftspolitik weit über die einst anvisierten Ziele hinausgeführt. Mit der demokratischen Bank, die als Genossenschaft konzipiert ist, wird diese Idee wieder zurück an den Start verwiesen und gewissermaßen einer Neugründung unterzogen. Vorstand und Aufsichtsrat

sollen direkt-demokratisch gewählt werden. Der Aufsichtsrat soll sich aus Beschäftigten, KonsumentInnen, SchuldnerInnen, KMU-VertreterInnen sowie einer Gender-Beauftragten und einer Umwelt- und Zukunfts-AnwältIn zusammensetzen.

Darüber hinaus will die Demokratische Bank mit ihrer Kreditpolitik den Umbau zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft vorantreiben. Statt rein kommerzieller Kriterien sollen auch soziale und ökologische Gesichtspunkte für die Kreditvergabe entscheidend sein.

Reinheit und Rendite

Die Demokratische Bank sieht sich als Vorbild für eine Umgestaltung des gesamten Finanzsystems. Dieses soll laut Konzept künftig dem Gemeinwohl statt der Gewinnmaximierung verpflichtet sein und sich auf das Sammeln von Einlagen und Vergabe von Krediten für gemeinwohlorientierte Projekte statt auf riskante Finanzgeschäfte konzen-

Die Guthaben der einen sind die Schulden der anderen.

trieren. Doch sitzt eine Demokratische Bank nicht der Illusion einer harmonischen Welt des Vermögensbesitzes mit reinem Gewissen auf? Ein viel gefeierter Werbespot von Attac nach der Finanzkrise (zu sehen auf YouTube) setzt auf Entlarvung der Banken. Seriös wirkende Bankberater stehen bei näherer Betrachtung in Unterhosen da, und die gängigen Werbeslogans der Banken werden mit dem Spruch „Wir wollen nur Ihr Bestes – Ihr Geld“ durch den Kakao gezogen. „Lassen Sie sich nicht für blöd verkaufen – schließen Sie mit uns das Casino!“ fordert Attac am Ende. Was wird hier adressiert? Es ist die Empörung der vermögenden Kundschaft, deren Vertrauen in rentable Wertanlage durch die Banken in der Krise erschüttert wurde.

Dass Banken Mist gebaut haben, würde niemand bestreiten, doch die Krise haben uns ja nicht allein zockende Banker eingebrockt, sondern eine immer schiefer werdende Verteilungslage. Die Guthaben der einen sind schließlich die Schulden der anderen. Dass 2008 die große Finanzkrise ausgebrochen ist, liegt nicht allein an Gier und Betrugsmentalität hinter den Bankschaltern, sondern hat mit den Verteilungsverhältnissen vor den Schaltern zu tun: Dort stehen in einer Schlange jene, die regelmäßig ihr Geld in Sicherheit bringen wollen und sich eine ordentliche Verzinsung erwarten. In der an-



Die Demokratische Bank als ethisches Projekt wie ...

deren Schlange stehen Leute mit Kreditantrags-Formularen.

Denn um eine ordentliche Verzinsung der Sparanlagen zu erzielen, muss es genügend rentable Projekte für die Kreditvergabe geben. Solche Projekte sind im gesättigten Westen rar geworden, also wurden die Banken einfallreich und verlegten sich auf windige Projekte, zum Teil entdeckten sie die Armen als Kundschaft für ihre Kredite. Immer mehr Leute haben zu wenig Einkommen fürs Leben. Mit Krediten durch allzu freigiebige Banken bekamen viele Arme eine kurze Zeit einen Zipfel vom bürgerlichen Traum zu fassen: ein eigenes Haus, ein Auto etc. Aber sobald die ersten Rückzahlungen fällig wurden, zerplatzte der Traum. Eine allzu große Menge an Menschen, die Kredite nicht zurückerzahlen und ihre Konsumausgaben wegen Geldproblemen einschränken, wurden in der Krise zum Problem für den Rest der Wirtschaft. Deshalb wurde die Finanzkrise bald zur Wirtschaftskrise: Nach dem Crash fehlten sowohl die Rückzahlungen in den Bankbüchern als auch die kreditbefeuerte Kaufkraft in den Supermärkten. Nur weil sich der Staat in neue Schulden stürzte und damit einen Teil des privaten Konsumers ersetzte, konnte ein Totalabsturz vermieden werden.

Wenn jetzt kein Mechanismus gefunden wird, um die Vermögensmassen auf den Sparbüchern abzuschmelzen und mehr in die Hände der Habenichtse zu übertragen, ist auf Dauer keine „bessere Welt“ und auch kein Wiederanlaufen des Wirtschaftsmotors denkbar. Eine Demokratische Bank, die sich von anderen Banken durch mehr Sicherheit für Sparguthaben auszeichnet, leistet dazu keinen Beitrag. Denn Vermögensumverteilung statt Vermögensabsicherung wäre gefragt, um substanzielle



... Behinderteneinrichtungen in Bulgarien, Lehrlingsausbildungen und Schneidereiwerkstätten in Afghanistan.

Demokratisierung zu erreichen und eine Wiederholung der jüngsten Finanzkrise zu verhindern. Die Vision der Demokratischen Bank enthält zwar auch ein verteilungspolitisches Anliegen. Die InitiatorInnen kritisieren Zinsen als zentrales Problem und wollen Zinsansprüche bekämpfen. Doch Vermögen entsteht hauptsächlich aus Unternehmensgewinnen und Erbschaften, der obsessive Fokus auf Zinskritik blendet das aus.

Rendite abtrainieren

Doch auch wenn die SparerInnen der Demokratischen Bank diese zur Umverteilung nützen wollen – was erwarten sie sich dann von der Mitsprache? In seinem Bestseller „Richistan“, einer Reportage über die Welt der Superreichen, beschreibt US-Autor Robert Frank die Bewegung der „Performance Philanthropie“. Reiche misstrauen demnach zunehmend spendensammelnden Hilfsorganisationen. Sie wollen die Sache stattdessen selbst in die Hand nehmen: Sie geben karitativen Projekten Geld, aber sagen den HilfeempfängerInnen genau, was sie damit tun sollen, verlangen Businesspläne, Erfüllung von Zielvereinbarungen und drohen mit Sanktionen bei Verfehlungen. Im Grunde übertragen sie die Managementmethoden aus ihrem Berufsleben auf ihre Wohltätigkeiten. So verstandene „demokratische“ Mitsprache der GeldgeberInnen bedeutet für jene, die begünstigte Kredite erhalten, eine zusätzliche Kontrolle und Bevormundung. So wie die wohlhabenden Reichen bei den Projekten hineinregieren, denen sie Geld spenden und das als „soziales Investment“ definieren, birgt das Motto der Demokratischen Bank „Schauen Sie hin und übernehmen Sie Verantwortung dafür, wie Ihr Geld investiert wird“ für SparerInnen das Versprechen auf demokratische Mitsprache bei der Kreditvergabe.

Ein so verstandenes „verantwortungsvolles Sparen“ wäre weniger ein Schritt ins Reich der Freundlichkeit, sondern eher das Gegenteil: die Ausweitung der Chef-Attitüde und der damit verbundenen Kontrollansprüche auf die Wohltätigkeit.

Im Gegensatz zu manch anderen windigen Angeboten, die mit dem Etikett der „ethischen Geldanlage“ fragwürdige Geschäfte betreiben, ist die Demokratische Bank ein Projekt, dessen Aufbau und Ausrichtung transparent und mit Hilfe von Basisarbeit vonstatten geht. Und trotz aller Fallstricke, die im Konzept einer solchen Bank angelegt sind, ist die Begeisterung dafür beeindruckender Ausdruck des Wunsches, Gesellschaft irgendwie durch persönliches Handeln ein Stück weit zu ver-

Erfahrungen solidarischer Finanz-Initiativen zeigen: Nicht-gewinnorientiertes Bankgeschäft kann funktionieren.

ändern. Die häufig geäußerte Kritik, dieses Handeln würde auf der falschen Ebene ansetzen – nämlich der individuellen, unternehmensförmigen, statt der kollektiven, politischen –, setzt optimistisch voraus, dass eine andere Ebene überhaupt erreichbar ist. Dass auf politischer Ebene nicht einmal angesichts der tiefsten Krise seit Jahrzehnten verstärkte Vermögensbesteuerung und Umverteilung durchsetzbar scheint, macht jedoch nicht eben Mut für kollektives Handeln. Von fundamentalen wirtschaftlichen Veränderungen ganz abgesehen. So könnte der Einsatz für eine Demokratische Bank wohlwollend als Versuch interpretiert werden, unter den bestehenden Verhältnissen wenigstens irgendetwas zu tun. Das Kon-

zept beansprucht für sich nicht den Status eines zentralen Hebels für Veränderung, sondern sieht sich als Element unter einer Vielzahl von notwendigen Initiativen. So könnte die Demokratische Bank bei günstiger Entwicklung eine Art Trainingslager für die Einübung vom Abschied von Renditeerwartungen und Einsicht in die Zusammenhänge über den Tellerrand von Aktien- und Sparbuchbesitz hinaus sein.

Die Erwartungen an das Projekt sind hoch: Trotz geringer Sparzinsen sollen genug SparerInnen angelockt werden, trotz begünstigter, teilweise sogar subventionierter Kredite für sozial-ökologische Projekte und Girokonten für Arme soll Kostendeckung erzielt werden. Geht sich das überhaupt aus? Die Erfahrungen der Sparkassen, Kreditgenossenschaften und solidarischen Finanz-Initiativen in zahlreichen Ländern Europas zeigen: Nicht-gewinnorientiertes Bankgeschäft kann funktionieren. Solcherart ausgerichtete Institute sind mangels Verzerrung in die riskanteren Aspekte des Finanzsystems in der Regel auch überdurchschnittlich gut durch die jüngste Krise getaucht.

Erfolgreiche Vorbilder gibt es also. Ob die Demokratische Bank je starten wird, steht jedoch noch in den Sternen. Mitarbeitswillige gibt es viele, aber die Hürden für den Einstieg ins Bankgeschäft sind hoch: eine behördliche Bewilligung und zig Millionen Euro Grundkapital. Gleichzeitig will die Demokratische Bank auf den zentralen Vorteil traditioneller Banken, nämlich die Geldschöpfung, verzichten: Kredite sollen nur in Höhe der Spareinlagen gewährt werden. Da stellt sich abschließend die Frage: Zahlt es sich wirklich aus, enormen Aufwand und Kosten für den Versuch einer Bankgründung zu widmen, statt eine simple karitative Stiftung ins Leben zu rufen?

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



WER DA NICHT VERRÜCKT WIRD ...

Ein Algerier hat im Oktober Asylantrag in Traiskirchen gestellt und gleich negativ bekommen. Bevor er aber noch den Bescheid erhalten hat, ist er von Traiskirchen weg. Im Jänner hat ihn dann ein Auto erwischt: beide Beine gebrochen und ein Harnleiterbruch; das heißt, er hat einen künstlichen Ausgang. An einem Donnerstagabend ruft mich die Sozialarbeiterin vom AKH an, sagt mir, der Mann ist dort bei ihnen, im Gips, er wird noch 12 Wochen im Rollstuhl sitzen und er bräuchte eine passende Wohnmöglichkeit. Im Februar müsste er noch einmal operiert werden und ob ich eine Wohnung hab'. Ich, so wie ich halt bin, sag', ja, im Kabelwerk hätt' ich eine Wohnung, da wohnt ein Ägypter. Das Problem war auch, dass er nur Arabisch und ein bissl Italienisch spricht. An dem Tag, drei Stunden bevor der Algerier entlassen worden ist, hat es eine Razzia im Kabelwerk gegeben. Die Polizei ist mit 20 Autos, mit Revolver und Gewehr, was ich überhaupt noch nicht erlebt hab', und mit Hunden angerückt. Die sind in alle Wohnungen rein, mit der Begründung, dass sie einen suchen, der aus dem Spital davon ist ... Logisch, dass der in meine Wohnungen ins Kabelwerk geflüchtet ist, oder?

Wie der Algerier im Kabelwerk ankommt, war natürlich alles in Aufruhr. Was mich besonders ärgert, ist, dass die Polizei mich am Vortag angerufen hat, ob ich einen Hauptschlüssel hab. Ich sag, nein, aber falls es ein

Problem gibt, kriegen sie den bei der Hausverwaltung. Dann brauchen sie nicht die Zimmertüren aufbrechen ... Naja, und dann fallen die dort so ein ... Eine Zeitung hat dann geschrieben, in einer Wohnung hätte jemand Geld in einem Vorhang eingenäht. Aha. Es hat natürlich keine einzige Verhaftung gegeben, und den Geflüchteten aus dem Krankenhaus haben sie, große Überraschung, natürlich nicht vorgefunden. Ich mein', der hätte ja auch nix Besseres zu tun, als mit dem Bademantel ins Kabelwerk zu fahren, wo in jedem Stock Kameras hängen. Kaum war die Polizei also weg, ist der Algerier von der Rettung antransportiert worden. Mitten in die Unruhe, und der Ägypter war auch weg. Vor Angst, den Schlüssel hat er außen stecken lassen. Zwar kommt er jetzt jeden Vormittag, weil er den Algerier mit Essen versorgt, aber wohnen traut er sich dort nicht mehr. Ich hab dann vor ein paar Tagen die Claire, die ist dort Hausbesorgerin, ersucht, sie soll dem Mann ein bisschen Geld mitnehmen, dass der Ägypter den nicht noch von seinem Geld erhalten muss. Darauf sagt ihr der Algerier, er will das Geld nicht, er will zurück ins Spital, es tut ihm alles weh. Überhaupt kann er ganz allein in der Wohnung nicht leben. Wie ich das höre, denk' ich mir, den kann man dort nicht allein lassen, der tut sich vielleicht was an. Ich ruf die Rettung an, dort sitzt Gott sei Dank jemand, den ich kenne, der sagt, sie schicken jemand. Etwas später ruft mich ein Fahrer

in einem ziemlich rüden Tonfall an, dass sie jetzt im Kabelwerk sind, aber wo sie mit dem Mann hinsollen, weil, ins AKH bringen sie ihn auf keinen Fall. Am Ende haben sie ihn dann nach Lainz gebracht. Nicht sehr schlau, weil der Mann hat tatsächlich ein psychisches Problem, was mir aber niemand gesagt hat. Im AKH hätten sie jedenfalls schon gewusst, wie man mit ihm am besten umgeht. In Lainz haben sie ihm eine Schmerzinfusion gegeben, aber kein Problem gefunden. Ein Arzt hat mir mitgeteilt, dass sie ihn am nächsten Tag wieder entlassen. Nur: Der Mann wehrt sich mit Händen und Füßen, er will nicht entlassen werden. Ins Kabelwerk will er auch nicht mehr ... Also kontaktier' ich inzwischen alle möglichen Stellen, um ihn unterzubringen, den Fonds Soziales Wien usw. Aber glauben Sie, dass auch nur eine einzige Stelle in ganz Wien bereit war, ihn zu nehmen? Dazwischen ruf' ich in Lainz an, um mit dem Arzt zu reden: ob es nicht besser ist, den Mann auf eine Psychiatrie zu bringen. An der Leitung ist aber irgendeine Schwester, die mir sagt, wer ich eigentlich bin, dass ich Leute auf die Psychiatrie einweisen lass' ... Ich hab' dann jemand hingeschickt, die Italienisch kann. Wir haben ihn dann wo untergebracht. Aber ist das nicht eine Sauerei, dass man mir nicht von Anfang an sagt, dass der Mann psychisch so schlecht beinand ist? Hauptsache, man wird jemand los ... Und ich? Kann ihn ja nicht auf der Straße stehen lassen, oder?

POPULÄRKULTUR

BUCH



Arbeiten wie noch nie

Die Arbeitswelt ist im Umbruch: Eine Anstellung zu bekommen, ist für Junge in so mancher Branche oft nur noch ein Traum. Der Anteil der Menschen, die trotz Vollzeitarbeit von ihrem Einkommen nicht leben können, nimmt kontinuierlich zu. Andererseits sind die steuerlichen Belastungen für einkommensstarke Gruppen, die vor allem von ihrem Arbeitseinkommen leben, auch nicht zu verachten. Der Eindruck ist: Wir arbeiten so viel, so energieraubend und so spezialisiert wie noch nie. Viele glauben, sich ständig selbst inszenieren und via Medien, Facebook, Twitter & Co verkaufen zu müssen, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können. Andererseits gibt es aber auch immer mehr Menschen, die ihren Fähigkeiten und Überzeugungen folgen und ihrem Wesen entsprechend arbeiten wollen. Die Suche nach Arbeitsmodellen, die Lebensqualität schaffen, die auch Gesundheit sowie Privat- und Familienleben ermöglichen, ist im Gang.

In dem Buch „Arbeiten wie

noch nie!?“ wollen die HerausgeberInnen „eine Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Richtungsfindung beim dringend notwendigen Umbau“ bieten. Sie sind der Ansicht, dass man weg müsse von der „Spaltung in entfremdete Industriearbeit, nicht anerkannte unbezahlte ‚weibliche‘ Reproduktionsarbeit und erzwungene Erwerbslosigkeit“. Interessant ist vor allem das Konzept „Vier-in-einem-Perspektive“ der deutschen Soziologin Frigga Haug. Sie schlägt vor, das Alltagsleben in vier Bereiche einzuteilen und miteinander zu verknüpfen: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle Entwicklung und Politik von unten. Die AutorInnen bringen keine Patentrezepte für eine humanere Arbeitswelt, aber mit ihren Gedanken regen sie zum Nach- und Weiterdenken an. PS: Das Buch wurde von der Robert Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen unter die Top 10 gereiht. *Eva Bachinger*

Sabine Gruber, Frigga Haug, Stephan Krull (Hg.)
Arbeiten wie noch nie!?
Argument-Verlag 2010
192 Seiten, 17,40 Euro



Foto: Karin Wasner

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Sandra Lakitsch ist Leiterin des Fundraising beim Verein SOS Mitmensch.

5 Dinge, die man immer überall parat haben sollte:

- 1 Eine Antwort auf die Frage: „Was machst in einer NGO? Hast keinen g'scheiten Job gefunden?“
Mein Favorit: „Es gibt keinen besseren.“
- 2 Liebe. Zu sich selbst, den anderen und zu allem, was da kreucht und fleucht.
- 3 Schokolade. Schmeckt gut, tut gut und repariert leckere Säuretanks. Das wusste schon MacGyver.
- 4 Jede Menge Zivilcourage. Davon kann man überhaupt nie genug haben.
- 5 Telefonnummer der besten Freunde. Weil es durchaus sein kann, dass man sich die Hacken für die gute Sache abgelaufen hat und jemanden braucht, der/die einen nach Hause bringt.

5 Dinge, die definitiv niemand jemals braucht:

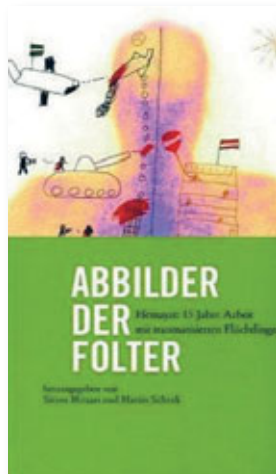
- 1 Rassisten – wenn's nicht so grauslich wären, würde ich täglich einen zum Frühstück essen.
- 2 Vieles, was von Parteien ohne Rücksicht auf Menschenrechte so fabriziert wird.
- 3 Ultrazeitgeistiges wie Manolos, SUVs oder Windows Vista.
- 4 Zersiedelte Landschaften.
- 5 Verharren in ewig gestrigen Denkmustern.

Und sonst?

Wünschte ich, dass die Leute nachdenken, bevor sie geistigen Sondermüll produzieren oder nachplappern. Das wäre ein kolossaler Beitrag zu einer besseren Welt.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Wunden schließen

Wer im Ausland im Urlaub krank wird, kriegt manchmal Angst angesichts der medizinischen Standards. Wer als Flüchtling krank wird, erlebt eine weitere Härte von kaum vorstellbaren Strapazen. Dabei verlassen Menschen, die flüchten, schon oft krank ihr Land. Psychisch krank. Der Verein Hemayat, 1995 in Wien gegründet, versorgt Menschen: medizinisch, psychologisch, psychotherapeutisch. Wie in der vorliegenden Publikation mit dem furchteinflößenden Titel „Abbilder der Folter“ erzählen Hemayat-MitarbeiterInnen von Menschen mit schwersten Belastungen: posttraumatischen Belastungsstörungen. Wer Gewalt oder gar Folter erlebt hat, kann das nicht allein verarbeiten. Es besteht die Gefahr, dass sich unkontrollierbare Erinnerungen als Bilder, als Träume, als Gedanken, als Handlungsstörungen, als Krankheiten in der Psyche einnisten. Menschen, die als Flüchtlinge zum Beispiel Österreich erreichen, kennen hier meistens niemanden. Wer spricht hier die eigene Sprache? Wer ist vertrau-

enswürdig? Was tun, auf sich allein gestellt? Staatliche Einrichtungen wie Flüchtlingslager versorgen mit dem Nötigsten, dazu gehört ein Bett oder Essen. Aber wie in ein neues Leben finden, wenn Erlebnisse noch in einem rumoren? Da geht es um Menschen, die vollbekleidet im Bett liegen, aus Angst, sofort flüchten zu müssen. Die nicht im Dunkeln einschlafen können. Die z. B. nach einer nächtlichen Verhaftung nachts nicht schlafen können. Oder beim kleinsten Geräusch, selbst dem des eigenen Bettes, aufwachen. Es geht um Zwangserkrankungen, um Leiden, die aus unverarbeiteten Erinnerungen ein normales Leben gar nicht mehr vorstellbar machen. Wie die Hemayat-MitarbeiterInnen diesen Menschen helfen, beschreibt eindrücklich dieses Buch. *red*

Siroos Mirzaei, Martin Schenk (Hg.)

Abbilder der Folter

Hemayat: 15 Jahre Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen
Mandelbaum Verlag

180 Seiten, 17,80 Euro

BUCH



Zwischen Wahnsinn und Würde

Die Autorin setzt in „Einer ist hier schon verrückt geworden“ eine Collage verschiedenster Textsorten – vom Brief über das E-Mail bis zu flüchtigen Gedanken – über afrikanische Erinnerungen und österreichische Fremdenrechtstatsachen zusammen. Das Buch erzählt, was die Autorin und ihr Mann, der aus Afrika als Asylsuchender nach Österreich kam, so erleben. Die fragmentarische Handlung mäandert zwischen Kindheitserinnerungen, Folgen der Illegalisierung, einem Status der Staatenlosigkeit oder auch dem Zugriff des Staates selbst. Gerda Sengstbratls zweiter Roman ist ein sehr persönliches und intimes Buch. Allerdings wird die Intimität sehr politisch, wenn sich der Staat in Form von Beamten und Gesetzen einmischt, fordert und verhindert. So will der Staat zum Beispiel wissen, wie das Schlafzimmer des Paares aussieht; der Staat meint auch, dass man ohne Papiere in Österreich nicht heiraten und demnach auch nicht leben könne. So pendeln wir zwischen

Welten aus Träumen und der österreichischen Realität. Etwa dass der Busfahrer nicht stehen bleibt, wenn Jerome der einzige Wartende bei der Busstation ist. Ein Buch, in dem die liebevolle Beschreibung jenes Menschen, mit dem Frau ihr Leben teilt, ebenso Platz hat wie Appelle an politische EntscheidungsträgerInnen, AnwältInnen und Behörden. Was tun, um die eigene Würde zu bewahren? Wie gestaltet man den Alltag, wenn die Angst groß und die gemeinsame Zukunft ungewiss ist? Ein Buch, in dem sich die Autorin an das Herkunftsland ihres Mannes annähert und zugleich eine Entfremdung in Österreich verspürt. Ein Buch, das sehr privat und unkonventionell ist, das ganz universell von einer Zeit der Beziehungen von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer erzählt. *amag*

Gerda Sengstbratl

Einer ist hier schon verrückt geworden

Verlag Bibliothek der Provinz
142 Seiten, 15 Euro

Vom Glück zu leben

Das BIP ist in reichen Ländern für die Lebensqualität nur beschränkt aussagekräftig. Nicht wie reich wir insgesamt sind, entscheidet, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK

Des Glück is a Vogerl. Auch die EU-Staatschefs sind gerade auf Glücksjagd. Das Bruttoinlandsprodukt als ökonomische Größe ist seit den Krisen Jahren unter Rechtfertigungsdruck gekommen, jetzt soll das Glück der Nationen gemessen werden. Und da ergeben sich Dinge, die manche Staatschefs lieber wieder eingefangen wüssten. Die seriöse Sozialwissenschaft spricht von „Lebenszufriedenheit“ und verwendet Indikatoren für Lebensqualität wie Gesundheit und Lebenserwartung. Das ist weniger ideologisch als „Glück“ und auch empirisch prüfbar.

Nun: Wenn die Staatschefs sich Argumente für „arm, aber glücklich“ gewünscht hätten, dann wird es damit nix. Geld macht nämlich zufrieden, aber nicht unbegrenzt. Wer arm ist und sich materiell verbessert, erhält einen deutlichen Anstieg der Zufriedenheit. Die Effekte sind bei Ärmeren besonders stark. Insgesamt sind Menschen mit höherem Einkommen zufriedener und äußern höheres Wohlbefinden. Allerdings erfolgt ab einem gewissen Einkommen keine Steigerung mehr. An Reichtum gewöhnt man sich und der zweite Porsche steht irgendwann auch in der Garage.

Anders bei Gesundheit und Lebenserwartung: Gesundheit und Lebenserwartung steigen mit höherem Einkommen und sozialem Status linear. Steige ich im 15. Wiener Gemeindebezirk in die U-Bahn und am Stephansplatz wieder aus, dann liegen dazwischen 4 Minuten Fahrzeit – aber auch 4 Jahre an Lebenserwartung der jeweiligen Wohnbevölkerung. Wie auf einer sozialen Stufenleiter steigt das subjektive Gesundheitsbefinden und fällt das objektive Krankheitsrisiko mit dem Haushaltseinkommen.

Es geht stark um die Verhältnisse zwischen uns. Noch mehr soziale Ungleichheit heißt beispielsweise noch mehr Krankheiten und noch geringere Lebenserwartung, mehr Teenager-Schwangerschaften, mehr Status-Stress, weniger Vertrauen, mehr SchulabbrecherInnen, vollere Gefängnisse, mehr Gewalt und mehr soziale Ghettos. Das Interessante: Eine sozial polarisierte Gesellschaft bringt Nachteile nicht nur für die Ärmsten, sondern auch für die Mitte. Es stehen nicht nur die unterprivilegierten Mitglieder schlechter da, sondern auch die Wohlhabenderen. Die soziale Schere schadet – und zwar fast allen.

Die Differenz zählt

Sobald ein bestimmter Grad an Wohlstand erreicht ist, dürfte die relative Höhe des Einkommens ausschlaggebend für die Lebensqualität sein. In den ärmeren Teilen der Erde ist mit höherer Wirtschaftsleistung pro Kopf eine höhere Lebenserwartung verbunden. In den reichen Ländern ist ein derartiger Zusammenhang nicht mehr nachweisbar. Das Bruttoinlandsprodukt ist also in reichen Ländern nur beschränkt aussagekräftig für die Lebensqualität. Es könnte ein erstaunlich hoher Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und dem Anteil am Volkseinkommen, den die ärmeren Haushalte beziehen, nachgewiesen werden. Nicht wie reich wir insgesamt sind, ist hier die Frage, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind.

So schaut's aus. Und so liegen die Ergebnisse am Tisch der Regierungschefs. Das Glück, dass Merkel und Cameron die richtigen Schlüsse ziehen, is a Vogerl.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

POPULÄRKULTUR

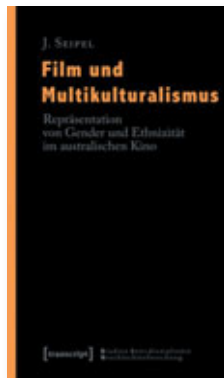
BUCH

Die Welt wird ethnisch

Die Welt besteht nicht mehr aus sozialen, sondern vorwiegend ethnischen Konflikten, wie es scheint. Wie man sogar im eigenen Land „ethnifiziert“ werden kann, zeigte schon der Film „Bound for Glory“, ein eindrückliches Porträt der US-amerikanischen Country-Legende Woody Guthrie aus dem Jahr 1976. Regisseur Hal Ashby folgt Guthrie darin in die Dust Bowl Oklahomas, wo gewaltige Sandstürme in den 1930er Jahren den Boden ganzer Regionen unfruchtbar machten. Viele Farmer, ihrer Existenz beraubt, flüchteten schließlich nach Kalifornien, wo sie, als „Ookies“

stigmatisiert, eine neue Klasse mittelloser Einwanderer bildeten. Die zunehmende Ethnisierung der Gesellschaft fand im Film der vergangenen Jahre ihren Wiederhall. Zwei Publikationen seien hier empfohlen: Eine der beiden klingt vielleicht etwas weit hergeholt: „Film und Multikulturalismus – Repräsentation von Gender und Ethnizität im australischen Kino“. Ist es aber nicht, sondern hinterfragt ganz allgemein gültig die Repräsentationen von Migran-

tInnen in nationalen Zusammenhängen. Mit dem Buch ließe sich die These formulieren, dass auch die filmische Untersuchung ethnischer Kategorien zu einem Ende kommen könnte, sofern ethnische Wahrnehmung nicht länger mit Zuschreibungen verbunden ist. Ein weiteres Buch zum Thema hat der transcript Verlag für Oktober angekündigt: „Identitäten in Bewegung – Migration im Film“. Die Autorinnen analysieren in der Festschrift Europa entstandene und



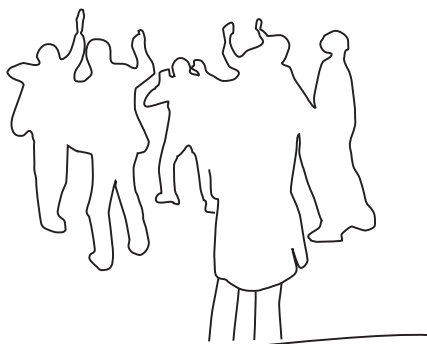
angesiedelte Spiel- und Dokumentarfilme auf ihre Darstellungen hinsichtlich Feindbild, Stereotypie und Marginalisierung. Wie werden darin Identitäten (de)konstruiert? Bettina Dennerlein ist Professorin für Gender Studies und Islamwissenschaften. Elke Frietsch ist Kunstwissenschaftlerin. Beide lehren an der Universität Zürich. *gun*

J. Seipel
Film und Multikulturalismus
Repräsentation von Gender und Ethnizität im australischen Kino
Verlag transcript 2009
288 Seiten, 29,80 Euro

Bettina Dennerlein, Elke Frietsch (Hg.)
Identitäten in Bewegung
Migration im Film
Verlag transcript Oktober 2011
350 Seiten, 32,80 Euro



Spielt nicht mit dieser Welt!



Die derzeitige Form der Globalisierung geht an den Menschen vorbei. Einer kleinen Gruppe von GewinnerInnen steht eine große Mehrheit von VerliererInnen gegenüber. Die „Freiheit“ der Investoren geht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, der kulturellen Eigenständigkeit und zu Lasten der Frauen.

Dies ist kein Naturgesetz. Wirtschaft ist für alle da, und sie geht uns alle an. Attac zeigt Entwicklungen auf und bietet Alternativen.

Denn Globalisierung braucht Gestaltung.

Bei Interesse schicken wir Ihnen gerne Informationsmaterial zu.
Kontakt » E-Mail infos@attac.at, » Telefon 01/544 0010

%attac.at

Der Schatten der Flüchtlinge

Viel ist in den Medien von Schleppern die Rede. Als Figur fast selbstverständlich, sind Details über Personen, Motivationen und Hintergründe kaum bekannt.

Einmal, vergangenen Sommer, da erhielt die gleichermaßen unbekannteste wie medial höchst präsente Figur des Schleppers plötzlich ein Gesicht. „Weststeirer in Griechenland als Schlepper verhaftet“, hieß es in der „Kronen Zeitung“. Der Weststeirer schaute auch gleich aus einem Foto heraus, letztlich war es aber eine „Riesen-Schweinerei“, denn der Lkw-Fahrer stellte sich als völlig unschuldig heraus. Im Gegenteil, war er selbst es doch, der die griechische Polizei auf Flüchtlinge in seinem Truck aufmerksam gemacht habe. So geht das Rätselraten weiter, wem hier eigentlich der Kampf angesagt wird. Fest steht, es sind Menschen, die Flüchtlinge illegal über die Grenzen anderer Staaten bringen. Interviews liest man in Medien eher selten, Merkmale wie Organisationsgrad oder Motivation werden vor allem vorausgesetzt. Was weiß man schon? Irgendwie verhält es sich beim Schlepper wie mit dem britischen Street Artist Banksy: zwei Figuren, die ihre Konjunktur der Spekulation verdanken. Die Migrationsforschung hält immerhin fest, dass Schlepper nicht gleich Schlepper ist. Franck Düvell, Senior Researcher am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der Universität Oxford, verweist etwa gegenüber MO auf den feinen Unterschied zwischen „smuggling“ und „trafficking“. Nach internationalem Recht sind das zwei unterschiedliche Straftaten: „Schmuggel erfolgt mit vollstem Einverständnis der Geschmuggelten, die Schmuggler treten als Dienstleister gegenüber einem Dienstleistungsnehmer auf. Trafficking hingegen“, so Düvell,



Schlepper: Eiskalte Profiteure oder vertragstreue Dienstleister?

„erfolgt entweder gegen den Willen der Betroffenen oder unter Vortäuschung falscher Tatsachen.“ Die davon Betroffenen wären „eher mit einer Ware zu vergleichen“, jedenfalls Opfer. Düvell hat zu Forschungszwecken selbst einmal Schlepper in Osteuropa getroffen. Sie waren von der „Kategorie Dienstleister“, nicht die eigentlichen Geschäftsleute, sondern deren Angestellte, mit moderater Bezahlung. Junge Leute, so Düvell, mit Familie und mit Gymnasialab-

schluss, die im „Grenzrandgebiet“ sonst keine Einkommensmöglichkeiten sahen. Sie arbeiteten nach eigenen Worten „an der Grenze“, was auch Benzinschmuggel beinhaltete. Strafbar macht sich freilich auch der Schlepper, der Verwandte über die Grenze bringt. Ob für Geld oder als reine Hilfsleistung. Nur wird er sie wahrscheinlich nicht im Laderaum eines Lkws ersticken lassen. Über die Unterschiede von Schleppern befragte Irene Brickner vom „Standard“ vergangenes Jahr den Europareferenten der deutschen NGO „pro asyl“, Karl Kopp. Er erklärte, es müsse „zwischen Schleppern, die sich ihren Kunden gegenüber relativ vertragstreu verhalten, und jenen, die die Flüchtlinge unter sklavenähnlichen Bedingungen nach Europa bringen, unterschieden werden.“ Fluchtrouten aus Afghanistan werden laut Kopp „reisebüroähnlich“ betrieben. 5.000 Euro nimmt da ein Schlepper. Bei Routen aus Indien, Nepal oder Afrika gäbe es hingegen immer wieder Berichte von schwerer körperlicher Gewalt. Grundsätzlich gilt: Je stärker sich die Europäische Union nach außen abschottet, umso stärker fördert das auch das Gewerbe der Schlepperei. Mittlerweile sei es für Flüchtlinge, die um Asyl ansuchen wollen, fast unmöglich, noch ohne Schlepper nach Europa zu kommen. Brickner abschließend: „Die Tätigkeit der Schlepper wiederum wird in der EU zunehmend kriminalisiert. Sogar Taxifahrer, die Flüchtlinge über offene Grenzen – etwa von Polen nach Deutschland – gefahren haben, wurden bereits einschlägig verurteilt.“

MO #22

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



GAST-KOMMENTAR:
Erwin Wagenhofer über
Wirtschaftsflüchtlinge

ANTÓNIO GUTERRES
UNHCR-Chef kritisiert
Österreich

TSCHETSCHENIEN
Fekter – kein Grund
zur Flucht?

DEMOKRATISCHE BANK
Attac-Bank im Elchtest



MIGRATION

AUF DER FLUCHT

■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien



Mail-Botschaften: „Das ist nicht unser Gesetz!“

FREMDENRECHTSPAKET

15.000 Protest-Mails an die Regierung

Wie groß der Unmut über den Anti-Menschenrechtskurs der Innenministerin ist, haben die Büros des Bundeskanzlers und der MinisterInnen in den Tagen vor dem Fremdenrechts-Ministerrat am 22. Februar erfahren. Mehr als 15.000 Menschen folgten dem Aufruf von SOS Mitmensch und schickten gemäß dem Motto „Das ist nicht unser Gesetz!“ ein Protestschreiben an die

Regierungsmitglieder. Die Aktion, die von zahlreichen weiteren Menschenrechtsorganisationen unterstützt wurde, sorgte für einige Unruhe in der Regierung. SOS Mitmensch wird bis zum letztmöglichen Tag, an dem dieses Unrechtsgesetz verhindert werden kann, nicht lockerlassen und weiter mobilisieren.

KUNSTAUKTION FÜR SOS MITMENSCH

Mitsteigern – fürs Wohnzimmer und für einen guten Zweck!

Die Benefizauktion zeitgenössischer Kunst findet heuer bereits zum elften Mal zu Gunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch statt. Zahlreiche renommierte und aufstrebende zeitgenössische KünstlerInnen stellen für diese Veranstaltung unentgeltlich Arbeiten zur Verfügung. Die kuratierte Auktion zeigt eine breite Palette sehr unterschiedlicher Arbeiten. Das Angebot umfasst Zeichnungen, Drucke, Gemälde, Fotoarbeiten und Skulpturen. Die gespendeten Arbeiten können ab Montag, dem 2. Mai,

während der Öffnungszeiten des Kassensaals besichtigt werden. Mitgesteigert werden kann am 5. Mai vor Ort, es ist aber auch möglich, telefonisch zu bieten bzw. ein Gebot schriftlich vor der Auktion abzugeben. Die angebotenen Kunstwerke mit der KünstlerInnenliste sowie die genauen Versteigerungsbedingungen sind bereits ab Mitte März auf der Homepage von SOS Mitmensch zu finden. Der druckfrische Katalog ist ab Anfang April ebenfalls über die Homepage erhältlich: <http://kunst.sosmitmensch.at>



Kunstauktion

Zeit und Ort der Veranstaltung:
 Donnerstag, 5. Mai 2011
 Beginn: 19.00 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr)
 Großer Kassensaal der Österreichischen Postsparkasse
 Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

Groß-Demo für mehr Frauenrechte

Am 19. März 1911 gingen über 20.000 Frauen (und Männer) für mehr Frauenrechte auf die Straße. Nun jährt sich dieser Tag zum 100. Mal. Ein guter Anlass, wieder der Vielfalt und der Wichtigkeit feministischer Zugänge und Forderungen, die immer noch nicht umgesetzt sind, eine Stimme zu geben. Mehr Infos auf: www.2000frauen.at

Studie zu Rassismus bei der Polizei

SOS Mitmensch hat immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, Anti-Rassismus in der Polizei zu verankern. Jetzt will die Polizei (Projektbetreuer: Reinhard Kreissl) selbst eine Studie zur Frage machen, wie rassistisch Österreichs Polizei ist. Die Polizeigewerkschaft zeigt sich wenig kooperationsbereit und lehnt die geplante Studie ab.

Terrorparagraf terrorisiert Rechtsstaat

Die Paragraphen 278a und 278b kommen nicht aus den Schlagzeilen. Anstatt Staat und BürgerInnen zu schützen, offenbaren sich die Mafia- und Terrorparagrafen selbst als Bedrohung für den Rechtsstaat. Die Initiative „Demokratie retten“ macht sich dafür stark, dass der Terrorparagrafenterror bald ein Ende findet. www.demokratie-retten.at



Foto: Kramar; Illustration: KARL DESIGN

ANDERE ÜBER ...

Aktion Limes

Erwin Wagenhofer über die Frage, warum Flüchtlinge so interessant sind, die Grenze so anziehend und deren Überwindung so spannend ist.

Ich erinnere mich sehr genau an jene Tage im Sommer 1989, als plötzlich Menschen aus dem sogenannten Ostblock mit neugierigen Blicken in der Wiener Innenstadt aufgetaucht sind. Der Eisernen Vorhang, jenes groteske Stück Geschichte, das damals Europa teilte, war gefallen, hatte dem Druck der Menschen nicht mehr standgehalten (Ähnliches erleben wir zur Zeit in Nordafrika). Ich beobachtete ein junges Paar aus der Tschechoslowakei beim Gang durch einen Supermarkt am Schwedenplatz. Sie bestaunten die vollen Regale des Westens. Im Einkaufswagen lagen zwei dieser Produkte: eine Dose billiges Bier und ein Fläschchen günstiges Parfüm. Diese Menschen waren keine Flüchtlinge im herkömmlichen Sinn, es waren Tagesausflügler, die dem grauen Alltag entkommen wollten.

Im Jänner des Jahres 2000, Haider hatte Schüssel zum Kanzler gemacht, verbrachte ich die Nacht vom 11. auf den 12. mit Soldaten des Bundesheeres auf einem Wachturm. Diesmal stand er auf der anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhanges, in Kittsee im Burgenland. Rund 2.000 Soldaten bewachten rund um die Uhr die spätere Schengen-Außengrenze. Ihr Auftrag war eindeutig: Menschen, die über die Grenze nach Österreich kommen, festzunehmen.

Um fünf Uhr früh war es dann so weit. Via Nachtsichtgerät wurden fünf illegale GrenzgängerInnen beim Überschreiten der Staatsgrenze beobachtet, kurz darauf gestellt und festgenommen. Ich filmte den ganzen Vorgang, war wenigstens etwas durch meine Arbeit von diesem Drama abgeleitet. Diesmal war es ein iranisches Ehepaar, das mit zwei Kindern und zwei jungen Männern aus Afrika von Schleppern auf der slowakischen Seite (die Tschechoslowakei hatte aufgehört zu existieren) auf ein verschneites Feld Richtung Westen geschickt wurden. Die fünf Gestalten, eines der Kinder auf den Rücken der Mutter gebunden, gingen auf die Grenze zu. Die Soldaten liefen ihnen aus zwei Richtungen in einer zangenartigen Bewegung

entgegen, untersuchten sie nach Waffen. Weinen, kurze Dialogfetzen, klirrende Kälte. Die Bundesheersoldaten verhielten sich sehr menschlich, wirkten – so wie ich selbst auch – peinlich berührt.

Der Film wurde ein radikales Dokument zum Thema Grenzen. Ich gab ihm den Namen, den das österreichische Innenministerium für diese Aktion als Decknamen benutzte: Aktion Limes. Ein Drittel der österreichischen Soldaten von damals waren übrigens nicht in Österreich geboren. Nicht alle fühlten sich bei diesem Grenzeinsatz wohl in dieser Militäruniform. Aber Gesetz ist Gesetz, Einberufung ist Einberufung, Grenze ist Grenze und Flüchtling ist Flüchtling.

Oder doch nicht? Was ist eigentlich ein Flüchtling? In der Regel ein Mensch, der vor etwas flüchtet. Normalerweise vor einem Verfolger. Wer sich für den Flüchtling interessiert, sollte deshalb auch über den Verfolger Überlegungen anstellen. Viel ist vom sogenannten Wirtschaftsflüchtling die Rede. Gemeint ist damit nicht, dass jemand vor der Wirtschaft flüchtet, sondern vor der Unmöglichkeit, wirtschaftlich zu überleben. Womit hat das zu tun? Vielleicht damit, dass unser Wirtschaftssystem Attribute wie Gleichheit, Fairness und Marktgerechtigkeit auf der Welt dann doch nicht so vertritt, wie wir glauben. So kommt es, dass der rohstoffreichste Kontinent der Welt, Afrika, gleichzeitig der ärmste ist. Er wird von uns und unseren börsennotierten Unternehmen tagtäglich geplündert. Was aus Afrika jeden Tag zuallererst flüchtet, um sich dann auf eine Steuerinsel zu verflüchtigen, ist das Kapital. Die Menschen, die diesem – ihrem – Kapital nachreisen, sind aber nicht Kapitalisten. Wir nennen sie Wirtschaftsflüchtlinge. Es ist zum Davonlaufen ...



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Erwin Wagenhofer

Erwin Wagenhofer wurde 1951 in Amstetten (NÖ) geboren. Er arbeitete mehrere Jahre als freier Mitarbeiter des ORF und seit 1987 als freischaffender Autor und Filmemacher. Filme u. a.: „Der Gebrauch des Menschen“ mit und über Aleksandar Tisma; „Limes ... Aktion Limes“ (2001, Kurz-Doku). „We feed the World“ (2005) und „Let's make MONEY“ (2008) sind Doku-Blockbuster, die in Europa von weit über einer Million Besuchern gesehen wurden. „Black Brown White“ ist der erste Spielfilm von Erwin Wagenhofer.

Ö1EXTRATOUR

ORF



RADIO
ÖSTERREICH 1

Ö1 und DER STANDARD präsentieren

Zeitgenossen im Gespräch



vektorama

Nicolas Beger

»In welchem Europa wollen wir leben?«

Amnesty International-Europadirektor Nicolas Beger spricht am 10. März 2011 mit Alexandra Föderl-Schmid (DER STANDARD) und Michael Kerbler (Ö1) im Rahmen der »Salzburger Vorlesungen« der Universität Salzburg über die Menschenrechtslage in Europa.

Zu hören in Ö1: am 17.3., 21.00 Uhr und am 18. 3., 16.00 Uhr

Alle Sendungen online nachhören: »7 Tage Ö1« in oe1.orf.at



Die Zeitung für Leser

UNIVERSITÄT
SALZBURG



Mondi ist eine führende Papier- und Verpackungsgruppe und bietet Lösungen für die Druck- und Verpackungsindustrie sowie für moderne und umweltbewusste Kommunikation in Ihrem Büro.

forest + water + air = **green range**



Nautilus® – Ihr 100% Recycling Papier. Mit drei Weißegraden und einer Vielzahl an Papierstärken und Formaten bietet Ihnen das neue Nautilus® hohe Leistung, vereinbart mit einem ausgezeichneten Umweltprofil. Egal ob zu Hause, im Büro oder für den professionellen Druck.

**LÖSUNGEN.
FÜR IHREN ERFOLG.**

www.mondigroup.com/greenrange

